

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Juni 2019

KLIMAWANDEL

Ein Handbuch für
die entscheidenden
Jahre

AFRIKA

Burundis staatliche
Schulen sind meist
überfüllt

FLUCHT

UN-Konzept zum Umgang
mit Geflüchteten und
deutsches Pendant



Seelische Gesundheit

Monitor

Leicht verständliches Handbuch über Klimapolitik | Interaktive Tools zum besseren Verständnis der globalen Umweltpolitik | AIIB könnte internationale Standards unterhöhlen | Nowadays: Starkregen und Dürre plagen Simbabwe | Impressum 4

Debatte

Kommentare zur geplanten Herabsetzung des Starfmündigkeitsalters auf den Philippinen, zum umstrittenen Betrieb staatlicher Schulen durch private Anbieter in Liberia und zur UN-Resolution gegen sexualisierte Gewalt in Konflikten 10

Tribüne

SHEILA MYSOREKAR
Konzepte der Bundesregierung und der UN zum Umgang mit Flüchtlingen weltweit 14

VERENA STAMM
Das Schulsystem in Burundi ist in einem schlechten Zustand, und karitative Institutionen können nicht alle Lücken füllen 16

Schwerpunkt: Seelische Gesundheit

SAMIR ABI
Zunahme psychischer Störungen überfordert in Westafrika Gesellschaft und Gesundheitswesen 19

SOLMAZ GOLSABAHI-BROCLAWSKI
Seelisches Leid körperlich auszudrücken ist in vielen Ländern die einzige gesellschaftlich akzeptierte Form 21

GRACE BADZA
Homophobie beeinträchtigt die psychische Gesundheit von LGBTI-Menschen – zum Beispiel in Simbabwe 23

SOLIDA SUN, LEMHUOR BUN, PANHA PICH UND SHARON GSCHAIER-KASSAHUN
Weshalb eine zivilgesellschaftliche Organisation in Kambodscha bei der Therapie seelischer Leiden mit Mönchen und traditionellen Heilern kooperiert 25

SANDIP CHATTOPADHYAY UND HANS DEMBOWSKI
Indische Gesellschaft reagiert auf psychische Probleme meist mit moralischen und religiösen Apellen statt mit professioneller Hilfe 28

MANUEL PARRA
Empirische Forschung in Lateinamerika zeigt, wie Gewalt und Missbrauch am Arbeitsplatz nicht nur die psychische Gesundheit direkt betroffener Menschen belasten 30

HANS DEMBOWSKI UND KATJA DEMBOWSKI
Fachliteratur: Wie soziale Ungleichheit und Urbanisierung das seelische Wohlbefinden beeinträchtigen 32

SCHWERPUNKT

Seelische Gesundheit

Metaphysische Erklärungen

Psychische Erkrankungen sind in Afrika weitgehend tabu. Betroffene und ihre Familien gelten als verflucht. Allerdings nehmen die Probleme zu und sind nicht mehr zu verleugnen, berichtet Samir Abi von der zivilgesellschaftlichen Organisation Visions Solidaires in Togo. **SEITE 19**

Kulturell bestimmte „Realität“

Weltweit haben Kultur und Sprache einen großen Einfluss auf den Umgang mit Krankheiten – und das gilt für seelische Leiden besonders. Bei Diagnosen muss das immer berücksichtigt werden, fordert Solmaz Golsabahi-Broclawski vom Bielefelder Medizinischen Institut für Transkulturelle Kompetenz. **SEITE 21**

Krank wegen Ausgrenzung

Laut wissenschaftlichem Konsens ist Homosexualität keine Krankheit. In Simbabwe verheimlichen Schwule und Lesben aber ihre Identität. Diskriminierung und aggressive Attacken verursachen Angst und Einsamkeit, mit erheblichen Folgen für die seelische Gesundheit, wie Grace Badza von der zivilgesellschaftlichen Organisation GALZ schreibt. **SEITE 23**

Asiatisches Leiden

Die Transcultural Psychosocial Organisation (TPO) setzt sich für professionelle psychiatrische und psychologische Versorgung in Kamabodscha ein. Sie findet die Zusammenarbeit mit traditionellen Autoritäten wie etwa buddhistischen Mönchen sinnvoll. Nicht zuletzt wegen der genozidalen Vergangenheit sind seelische Leiden weit verbreitet. TPO-Mitarbeiter erläutern ihre Einsichten. Indien hat seit fünf Jahren eine nationale Politik zur Förderung der seelischen Gesundheit. Die Ziele stimmen, aber sie dürften nur schwer zu erreichen sein. Sandip Chattopadhyay aus Kolkata und Hans Dembowski von E+/D+C erörtern die Lage. **SEITEN 25, 28**

Gewalt am Arbeitsplatz

Übergriffe und Aggression kommen in der Arbeitswelt vor und schaffen seelische Probleme. Studenten eines internationalen Master-Programms, das vom Center for International Health der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität koordiniert wird, haben das empirisch in Lateinamerika untersucht. Der chilenische Psychiater Manuel Parra erläutert das Konzept. **SEITE 30**

„Es gibt keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit“

Was ist schon „normal“, was ist „verrückt“? Wo liegt die Grenze zwischen „anders“ und „krank“? Wie jemand menschliches Verhalten beurteilt, ist stark von seiner Prägung abhängig: von Kultur und Muttersprache, von gesellschaftlichen Normen und Werten. Das gilt auch für die Beurteilung psychischer Gesundheit: Von einer Störung spricht man, wenn Verhalten stark von der Norm abweicht – kein Wunder, dass keine einheitliche Definition existiert.

Um klinisch relevant zu sein, muss ein psychisches Problem mit Leiden wie Schmerzen einhergehen oder mit einer Beeinträchtigung, etwa der Arbeitsfähigkeit. Rein gesellschaftlich bedingte Probleme reichen nicht aus. Homosexualität ist keine Krankheit, denn Schwule und Lesben mögen zwar in Ländern, in denen sie diskriminiert oder verfolgt werden, leiden, in toleranteren Gesellschaften aber nicht. Die Leiden und Funktionsstörungen schizophrener Menschen hingegen bestehen unabhängig von Stigmatisierung.

Die Ursachen psychischer Störungen sind nicht in Gänze bekannt und auch deshalb schwer zu fassen, weil in der Regel verschiedene Faktoren zusammenspielen. Dazu gehören biologische und soziale Faktoren, familiäre Bedingungen und belastende Lebensereignisse. Selbst traumatische Ereignisse oder schlimme Krisen müssen keine dauerhaften Folgen haben, wenn Betroffene eine gute Resilienz haben. Vorbelastete Menschen können dagegen schon von kleineren Anlässen aus der Bahn geworfen werden.

Dass kulturelle Faktoren eine Rolle spielen, wird zum Beispiel an Essstörungen deutlich: Sie treffen vor allem junge Frauen in westlichen Gesellschaften. Angststörungen treten dort vermehrt auf, wo die Belastungen hoch sind, das kann durch hohen Arbeitsdruck genauso bedingt sein wie durch Armut, Gewalt oder das Leben in der Stadt.

Psychische Störungen sind fast überall auf der Welt tabuisiert. Betroffene gelten als verhext oder besessen, oder ihnen selbst wird die Schuld an ihrem Zustand zugeschrieben. Manche psychische Leiden gehen mit starken Verhaltensauffälligkeiten einher. Dafür werden die Kranken verachtet, nicht ernst genommen, gefürchtet und gehasst. Aggressivem und unkontrolliertem Verhalten, aber auch starken Depressionen versucht man bis heute mit Elektroschocks beizukommen, und Fesseln und Schläge sind in vielen Ländern gängige Praxis. Dort, wo Geister und Dämonen, Zauberei oder göttliche Strafe zur Erklärung seelischer Leiden dienen, wird auch Heilung auf metaphysischen Wegen gesucht. Menschen vertrauen seit ehedem auf Heiler und Priester, traditionelle Riten oder Exorzismen. Die Methoden der westlichen Psychiatrie sind vielerorts ebenso wenig verbreitet wie Psychotherapie.

Psychische Störungen nehmen weltweit zu. Geheilt werden können sie meist nicht – aber therapiert. Das ist eine wichtige, entwicklungsrelevante Aufgabe: Wer psychisch belastet ist, kann seinen Alltag schlechter bewältigen als andere, was sich auf Bildung, Arbeit und Sozialleben auswirkt. Bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) heißt es: „Es gibt keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit.“ Folglich schließt das dritte Sustainable Development Goal (SDG) zu Gesundheit und Wohlergehen die psychische Gesundheit explizit mit ein. Um es zu erreichen, muss laut WHO gerade im Hinblick auf psychische Gesundheit viel mehr unternommen werden.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Foto: Basilio Sepe/picture-alliance/ZUMA Press; Philipp Ziser, Burundikids

Debatte



Zum Nachteil der Jugendlichen

Die Gesetzgeber entscheiden bald darüber, ob auf den Philippinen das Mindestalter für Strafmündigkeit von 15 auf 12 Jahre gesenkt werden soll. Kinderrechtsvertreter kritisieren dies. Die Reform wird marginalisierte Kinder und Jugendliche weiter benachteiligen, befürchtet auch die Journalistin Emmalyn Liwag Kotte.

SEITE 10

Tribüne



Wohltäter müssen einspringen

Das Bildungswesen in Burundi ist nach Jahren politischer Instabilität in einem desolaten Zustand. Staatliche und viele private Schulen sind wenig leistungsfähig. Eine wichtige Säule sind Schulen von Nichtregierungsorganisationen und religiöser Träger. Wie diese funktionieren, erläutert Verena Stamm, die mit ihrer Wohltätigkeitsorganisation selbst Schulen betreibt.

SEITE 16

Perspektiven für Flüchtlinge

Die deutsche Entwicklungspolitik und die UN beschäftigen sich mit den Ursachen und Folgen von Flucht sowie dem Umgang mit Flüchtlingen. E+Z/D+C-Redakteurin Sheila Mysorekar stellt die politischen Leitlinien vor.

SEITE 14, 15

UMWELTPOLITIK

Glück und Zufriedenheit

Schulstreiks haben gezeigt, dass sich viele Teenager weltweit für Klimaschutz engagieren. Ihre Zukunft hängt davon ab, dass die Transformation zur Nachhaltigkeit gelingt. Viele junge Umweltbewegte dürften Mike Berners-Lees Buch „There is no planet B“ nützlich finden.

Von Hans Dembowski

Die Unterzeile des Titels verspricht ein „Handbuch für die entscheidenden Jahre“ zu sein. Diesem Anspruch wird das Werk gerecht. Es deckt eine große Bandbreite von Themen ab: von Nahrungssicherheit über Energie und Wirtschaftstheorie bis hin zur Bedeutung von „Wahrheit“ und „Fakten“. Berners-Lee ist Professor am Institute for Social Futures an der Universität Lancaster.

Der Ausgangspunkt ist eine kurze Erklärung des Begriffs „Anthropozän“, das vom Menschen geprägte Erdzeitalter („anthropos“ heißt auf Altgriechisch „Mann“ und „Mensch“). Tatsächlich hat unsere Spezies schon immer auf die Umwelt ein-

gewirkt, aber erst seit einigen Jahrzehnten geschieht das in einem Maß, das die gesamte Ökologie des Planeten bedroht. Wird die Natur noch weiter ausbeutet, werden die Grundlagen unseres Lebens zerstört.

Wie der Autor das Themenfeld Nahrung und Landwirtschaft beackert, ist ein gutes Beispiel für seinen Umgang mit komplexen Zusammenhängen. Er beginnt mit grundlegenden Informationen: Menschen bräuchten im Schnitt täglich 2350 kcal, und weltweit stelle die Landwirtschaft fast zweieinhalb Mal so viel bereit – nämlich 5940 kcal pro Kopf und Tag. Dennoch bekämen rund 800 Millionen Menschen nicht genug zu essen, was vor allem daran liege, dass sie zu arm seien, um sich die durchaus vorhandene Nahrung zu kaufen.

Das liegt, wie das entsprechende Kapitel erklärt, mit daran, dass ein Großteil des Getreides, das Menschen essen könnten, an Tiere verfüttert werde, um Fleischkonsum wohlhabenderer Verbraucher zu ermöglichen. Das Futter sei so teuer, dass manche Menschen es sich nicht leisten könnten.

Der Klimawissenschaftler Berners-Lee erläutert solche Dinge anschaulich. Er fordert nicht, dass wir nun alle Vegetarier werden, aber er erwartet schon, dass wir bewusst konsumieren.

WIE HUNGER BESEITIGT WERDEN KANN

Berners-Lee führt aus, dass Hunger nicht einfach durch Produktionssteigerung beseitigt werden kann. Das wäre nicht umweltverträglich, zumal Landwirtschaft und Landnutzungspraktiken fast ein Viertel des weltweiten Klimagasausstoßes verursachen. Zudem könne Ackerland nicht beliebig ausgedehnt werden, denn Naturflächen sind für den Schutz der Artenvielfalt unabdingbar. Waldvernichtung zugunsten des Ackerbaus oder der Tierhaltung sei mittlerweile inakzeptabel.

Um Hunger zu beseitigen, ist aus Sicht des Wissenschaftlers Wandel auf mehreren Ebenen nötig. Zentrale Elemente sind laut Berners-Lee:

- Es darf nicht mehr so viel Getreide der Viehhaltung verfüttert werden.
- Einkommen dürfen nicht mehr so weit auseinanderklaffen.
- Die Lebensmittelverschwendung muss reduziert werden.
- Die Speicher-, Lagerungs- und Transportinfrastruktur muss besser werden.

Aus Sicht von Berners-Lee ist das mit ausreichender und wohlschmeckender Nahrung für alle vereinbar und wäre auch mit Blick auf die menschliche Gesundheit vielversprechend. Wie der Akademiker ausführt, schlucken Tiere derzeit rund zwei Drittel aller Antibiotika. Er warnt, dass weltweit die Antibiotikaresistenzen zunehmen, die Entwicklung alternativer Medikamente aber nur langsam vorankomme. Das Missverhältnis könne schon bald unangenehme Konsequenzen haben (siehe hierzu auch Mirza Alas in der Debatte im e-Paper 2019/04).

Er erklärt auch, warum Fisch keine umweltfreundliche Alternative zu Fleisch ist. Er nennt Überfischung, ausbeuterische Arbeitsbedingungen und verheerende ökologische Folgen von Aquakulturen. Also rät er, Fisch nicht als Alltagsnahrung, sondern nur bei besonderen Anlässen zu konsumieren. Supermarktmanager sollten Lieferketten sorgfältig prüfen – auch in Hinsicht auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Regierungen müssten die Wirtschaft mit stim-



Regenwald wird in Brasilien noch immer zu Weideland.

migen Gesetzen regulieren. Multilaterale Abkommen seien nötig, weil es um globale Probleme gehe, die Nationalstaaten überforderten. Eine Stärke des Buchs ist die Verbindung von komplexen Szenarien mit konkreten Handlungsoptionen auf verschiedenen Ebenen.

Der Ökowienschafter spricht sich klar gegen den Flugzeugtransport von Obst oder Schnittblumen aus, erwähnt aber zugleich, dass der Anbau in Gewächshäusern nicht besser sei. Er empfiehlt, den Konsum der Jahreszeit anzupassen. Flugreisen lehnt er nicht grundsätzlich ab, fordert aber reflektierte Entscheidungen, denn Bürger, Wirtschaft und Politik seien alle auf ihre Weise für die Reduktion von Klimagasemissionen verantwortlich.

Dabei müssen sie sich an Fakten halten und auf relevante Richtgrößen achten. Der Autor erläutert in leicht verständlicher Sprache, warum das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts kein sinnvoller Maßstab ist. Es erfasst nur Geldzahlungen, aber nicht menschliche Wohlfahrt. Wenn Nachkommen altersschwache Großeltern pflegten, gehe das nicht ins BIP ein, bezahlte Altersheimleistungen aber sehr wohl. Sinnlose

Werbung steigern das BIP ebenso wie Geldwäsche, die Verbrechenserlöse in die Finanzwirtschaft einspeise.

Sein Blick auf die Arbeitswelt entspricht diesem Denken. Ein Arbeitsplatz sei dann gut, wenn er nützlich, befriedigend und anständig bezahlt sei. Wirtschaftszweige wie Glücksspiel oder Waffenproduktion seien dagegen schädlich. Allzu viele Menschen verrichteten Arbeit, die sie hassten.

Letztlich fordert Berners-Lee uns zu konsequentem Umdenken auf:

- Früher habe es gereicht, in lokalen Kontexten zu denken, aber im Anthropozän komme es auf globale Zusammenhänge an. Das erfordere globale Empathie und globale Verantwortung.
- Langfristige Perspektiven seien nötig. Politiker hangelten sich aber normalerweise nur von Wahl zu Wahl, was aber nicht mehr reiche, weil menschliche Eingriffe die Umwelt dauerhaft und irreversibel veränderten.
- Derweil bleibe es unerlässlich, auf „einfache, kleine und örtliche“ Dinge zu achten. Es habe schließlich keinen Sinn, ständig „mehr zu haben, mehr zu verbrauchen, mehr zu machen und nach mehr und mehr zu streben, wenn wir all das gar nicht richtig wahrnehmen“. Selbstreflexion fördere die Einsicht, „dass genug genügen kann“.

chen, mehr zu machen und nach mehr und mehr zu streben, wenn wir all das gar nicht richtig wahrnehmen“. Selbstreflexion fördere die Einsicht, „dass genug genügen kann“.

- Kritisches Denken sei angesichts der aktuellen Informationsflut wesentlich: Quellen müssten geprüft und Behauptungen mit Gegenbehauptungen abgewogen werden.

- Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, machten multidisziplinäres Denken nötig. Technologie allein werde Probleme ebenso wenig lösen wie Politik, Religion oder Sozialwissenschaften.

Berners-Lee gibt zu, dass seine Agenda sehr anspruchsvoll ist. Sein Buch ist aber nicht deprimierend. Es stimmt sogar optimistisch. Es erläutert nicht nur, welche Gefahren drohen, sondern auch, warum nachhaltige Lebensstile befriedigender und gesünder wären. Der Autor verspricht Freude und Zufriedenheit, nicht armselige Austerität.

BUCH

Mike Berners-Lee, 2019: There is no planet B. A handbook for the make or break years. Cambridge: University Press.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



Komplexes Gefüge

Die internationale Politik ist oft verwirrend vielschichtig. Australische Wissenschaftler haben interaktive Online-Tools entwickelt, um Interessierten einen Überblick darüber zu geben, wie umfangreiche Netzwerke von Interessengruppen mit Klimawandel und Ökosystem-Dienstleistungen umgehen.

Von Floreana Miesen

Internationale politische Agenden sind von großem öffentlichem Interesse, aber oft schwer zu verstehen, denn viele unterschiedliche Parteien verfolgen hierbei eine große Vielfalt von Interessen. Ein Beispiel dafür ist die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Sie wurde entwickelt, um den vom Menschen verursachten Klimawandel abzumildern.

Tim Cadman von der australischen Griffith University spricht von einer „Blackbox der internationalen Regime“. Gemeinsam mit Kollegen hat er ein Online-Tool entwickelt, das Daten zum Verständnis des Szenarios liefert. Auf einer Veranstaltung des ZEF (Zentrum für Entwicklungsfor-schung) der Universität Bonn im Mai betont er, dass es Entscheidungsträgern helfen könnte.

Teil des Problems ist, dass mehrere Akteure mit mehreren Agenden Einfluss auf unterschiedlichen Ebenen ausüben. Dies werde allzu oft ignoriert, so Cadman. Umfangreiche Visualisierungen könnten deshalb nützlich sein. Seine Climate Regime Map dient der Analyse der UNFCCC. Das Modell wurde vor dem Pariser Klimagipfel 2015 entwickelt und ist online zugänglich. Es spiegelt die Komplexität des politischen Systems wider und ist entsprechend auch selbst nicht leicht zu lesen. Ein Farbcode weist auf spezifische Themenfelder wie Finanzen, Kapazitätsaufbau oder Monitoring hin. Die Climate Regime Map lässt sich in drei verschiedenen Modi nutzen:

- Der „hierarchical mode“ zeigt die verschiedenen Ebenen der UNFCCC-Aktivität – einschließlich Gipfelkonferenzen, Tochterinstitutionen und diversen anderen Akteuren.

- Der „nested mode“ zeigt, wie sich einzelne Initiativen auf übergreifende Konzepte beziehen.
- Der „connections mode“ zeigt, wie verschiedene Parteien und Behörden miteinander verbunden sind.

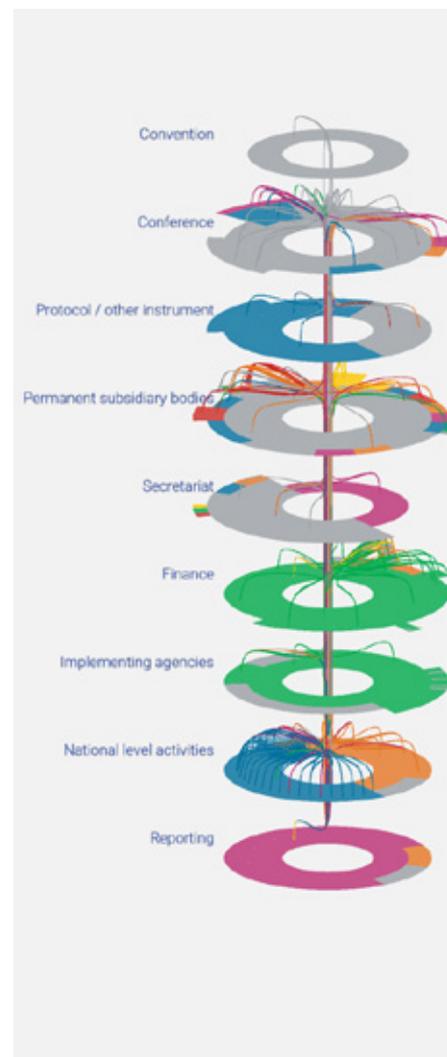
Kürzlich wurde ein zweites Tool veröffentlicht, die EcoRegime Map. Das Konzept der Ökosystem-Dienstleistungen zielt darauf ab, den Wert der Natur für das Wohlergehen der Menschen monetär zu bewerten. International gewinnt das Konzept an Bedeutung. Die EcoRegime Map zeigt, wie internationale und transnationale Akteure es nutzen und sich die Interpretation von Ökosystem-Dienstleistungen im Laufe der Zeit verändert hat.

Cadman sagt, dass es schwieriger war, das zweite Modell zu gestalten: „Diese Arena ist viel komplexer.“ So galt es etwa, öffentliche Interessengruppen von privaten zu unterscheiden. Darüber hinaus ist das Spektrum der verschiedenen Ökosystem-Dienstleistungen sehr breit gefächert, wobei Definitionen tendenziell auf empirischer Forschung und nicht auf politisch gewünschten Zielen beruhen. Einige Ansätze gehen nicht über die finanzielle Bewertung von Ökosystem-Dienstleistungen hinaus. Andere hingegen beinhalten Konzepte zum Ausgleich von Kosten oder der Bezahlung tatsächlicher Preise. Wieder andere beinhalten allgemeine Politikkonzepte. Typischerweise entwickelt sich die zugrundeliegende Wissenschaft noch weiter.

Sowohl die Climate Regime Map als auch die EcoRegime Map dienen in erster Linie als Bestandsaufnahme. Bei genauerer Betrachtung zeigen sie, welche Themen politische Aufmerksamkeit bekommen. Sie liefern auch Informationen über die Entwicklung der Politik und ihre Implementierung. Die Climate Regime Map zeigt zum Beispiel, dass die UNFCCC diverse Klimaschutzmechanismen entwickelt hat, es aber noch an Anpassungskonzepten mangelt. Zudem bleibt das Capacity Development unterfinanziert. Die EcoRegime Map wiederum offenbart, dass Ökosystem-Dienstleistungen besser erforscht werden müssen und

dass vorhandenes Wissen nicht oft genug zu sinnvollen Initiativen führt.

Die Tools sind sicherlich nützlich, können aber auch recht chaotisch erscheinen, wie Cadman selbst einräumt. Um von ihnen zu profitieren, müssen Nutzer Zeit investieren und sich mit den Modellen



Die Climate Regime Map von Tim Cadman im „hierarchical mode“.

vertraut machen. Der Aufwand lohnt sich, verspricht Cadman: „Die Tools könnten Geschichten erzählen, die erst durch die Visualisierung der Daten offensichtlich werden.“

LINKS

- Climate Regime Map:**
<https://climateregimemap.net/>
EcoRegime Map: <https://ecoregimemap.net/>

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Effizienz statt Standards

Eine aktuelle Studie wirft der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) vor, sie statuiere mit schwachen Umwelt- und Sozialstandards ein negatives Exempel. Die Autorin fordert mehr Transparenz, einen unabhängigen Beschwerdeweg und mehr Demokratie, um das multilaterale Institut zu steuern, das stark von China beeinflusst sei.

Von Cema Tork

Die AIIB ist eine junge Bank, die seit 2016 Kredite vergibt. Viele Staaten sind beigetreten – unter anderen Deutschland, Britannien, Frankreich und Italien. Der Standort ist Peking, aber die Entwicklungsbank untersteht formal nicht der chinesischen Regierung. Die AIIB hat wiederholt versprochen, internationale Standards einzuhalten, aber die Regeln, nach denen sie arbeitet, gewährleisten weder Respekt vor Menschenrechten noch umweltverträgliches Agieren. Wie die von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Urgewald publizierte Studie ausführt, bieten sie auch keinen Schutz vor Fernsteuerung durch China. Die AIIB brauche Statuten, die den Ankündigungen entsprechen und Rechenschaftspflicht sicherstellen.

Die Bank entstand auf Initiative der chinesischen Regierung, die enttäuscht war, weil sie in der Weltbank nicht den erhofften Einfluss bekommen hatte. Die Weltbank-Gruppe wird von den USA dominiert, wobei Europa und Japan auch starke Positionen innehaben. Die USA und Japan sind der AIIB nicht beigetreten.

Die AIIB ist rechtlich unabhängig. Allerdings benennt die chinesische Regierung den Präsidenten und hat 26,52 Prozent der Stimmrechte. Sie kann wichtige Entscheidungen, die 75-Prozent-Mehrheiten erfordern, blockieren, wie die Autorin Korinna Horta erläutert. Westliche Politiker bezweifeln, dass es in der AIIB demokratisch zugehe – mit voller Transparenz, freier Presse und öffentlicher Debatte. Hortas Studie legt nahe, dass es darum in der Tat nicht gut bestellt ist.

Horta wirft allen multilateralen Finanzinstitutionen vor, Eliteninteressen zu Lasten der von Großprojekten beeinträchtigten örtlichen Gemeinschaften zu fördern. Das gelte gerade auch für die AIIB, denn diese richte sich nach den jeweiligen Regierungen, aber nicht den gesellschaftlichen Bedingungen der Länder, in denen sie Projekte finanziert. Sie betone Effizienz zu Lasten von Umwelt und Menschenrechten. Die

Expertin klagt, Darlehen würden zu schnell vergeben, so dass Transparenz, öffentliche Debatte und echte Aufsicht nicht zustande kämen. Absehbare Auswirkungen würden nicht ausreichend geprüft. Das Geschäftsgebaren der AIIB drohe, einen „Wettkampf nach unten“ auszulösen, denn die verschiedenen multilateralen Banken konkurrierten um dieselben Kunden.

Im Gegensatz zur Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank hat die AIIB keine unabhängigen Abteilungen, die Aufsicht gewährleisten. Laut Horta gibt es weder einen systematischen Beschwerdeweg für Außenstehende noch ein System, das für die Einhaltung der eigenen Regeln Sorge. Der existierenden Beschwerdestelle mangele es an Autonomie und Wirkungsmacht.

Einen weiteren Kontrast zu anderen Entwicklungsbanken sieht Horta darin, dass der Präsident recht weitgehende Vollmachten habe. Er könne Finanzierungen ohne Gremienzustimmung beschließen und habe mithin Macht über das Schicksal der von AIIB-Projekten betroffenen Orte.

Horta wirft der AIIB zudem vor, ihre Veröffentlichungspflichten seien zu schwammig formuliert. Es stehe nicht fest, was der Öffentlichkeit wann mitgeteilt werden müsse. Entsprechend hätten betroffene Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen keinen Zugang. Sie könnten gar nicht abschätzen, was etwa eine neue Schnellstraße oder Pipeline bewirken werde. Von echter Mitwirkung könne keine Rede sein.

Die Weltbank muss dagegen vor Finanzierungsentscheidungen eine Abschätzung der Umweltfolgen veröffentlichen. Horta fordert, alle multilateralen Banken sollten sich auch systematisch zu anderen wichtigen Dingen äußern müssen. Dazu zählt sie beispielsweise Umsiedlungspläne und Monitoringberichte.

Aus Hortas Sicht kommt es nun auf die europäischen AIIB-Mitglieder an. Diese sollten mit ähnlich gesinnten Staaten (wie Neuseeland und Australien) eng zusammenarbeiten und die AIIB zur Einhaltung bestehender internationaler Standards drängen.

REFERENZ

Horta, K., 2019: Die Asiatische Infrastruktur Investment Bank (AIIB). Eine multilaterale Bank, in der China die Regeln bestimmt.

https://www.boell.de/sites/default/files/aiib-studie_dt_web.pdf?dimension1=division_as



AIIB-Präsident Jin Liqun.

Ständige Dürren

Unregelmäßige schwere Regenfälle haben zu starken Dürren in Simbabwe geführt. Abholzung und Wüstenbildung verstärken diesen Effekt. Der kürzlich aufgetretene Zyklon Idai verschlimmerte die Lage noch weiter: 5,3 Millionen Menschen brauchen dringend humanitäre Hilfe, so das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA).

Zuerst verdorrte aufgrund der Hitze das Getreide auf den Feldern. Im März kam der Zyklon Idai, der schlimmste tropische Sturm, der in Afrika jemals gemessen wurde: Die nachfolgenden Fluten spülten die bereits vertrockneten Pflanzen einfach weg. Die ärmsten Menschen leben in dürregefährdeten ländlichen Gegenden. Für den Anbau ihrer Nahrungsmittel sind sie völlig vom Regen abhängig. Sie litten am meisten unter den unregelmäßigen Regenfällen, den langen Dürren und unter dem Zyklon Idai.

Die 47-jährige Shonani Dzanani Witwe lebt mit ihren sechs schulpflichtigen Kindern in einem Dorf im südöstlichen Simbabwe. Selbst wenn es jetzt regnen würde, könnte sie ihr Land nicht

pflügen. „Ich habe keinen Ochsen mehr, der den Pflug ziehen könnte“, sagt Dzanani. Ihre Herde von zwölf Kühen starb, weil auf der Weide kein Gras mehr wuchs. „Ich muss schlechte Jobs in den Häusern anderer Leute annehmen, um Geld zu verdienen“, klagt Dzanani.

Der ausbleibende Regen hat das südöstliche Simbabwe am härtesten getroffen, vor allem um die Stadt Chiredzi herum. „Diese Gegend verwandelt sich wegen der häufigen Dürren rapide in eine Wüste. Die Wälder verschwinden, weil sie ohne Regen nicht überleben“, sagt der für Klimawandel zuständige Regierungsbeamte Nathanson Mbuzi.

Laut dem Umweltexperten Denis Chovava gibt es für die Entwaldung weitere Gründe: „Wälder werden für Brennholz abgeholzt, was den Boden kahl und schutzlos zurücklässt.“ Chovava erklärt: „So kann die Hitze Ackerpflanzen und sogar wilde Vegetation schädigen.“

Die Dürre in Simbabwe kann man dieses Jahr sogar in den Städten spüren. Urbane Gärtner wie der 67-jährige Dadirai Chiwoniso aus einem Armenviertel der Hauptstadt Harare sind ebenso betroffen. „Dieses Jahr werde ich wohl nichts von meinem kleinen Hinterhof-Feld ernten. Aber ich brauche die Ernte, um meine Familie zu ernähren“, sagt Chiwoniso.

Laut dem Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen (UNWFP) leiden wegen der desolaten Wirtschaftslage 1,5 Millionen Simbawwer in städtischen Gebieten unter ernster Nahrungsmittelknappheit, die durch die Auswirkungen der Dürre noch verschlimmert wird.

Vor kurzem starteten die UN den Zimbabwe Flash Appeal (ZFA). Damit wollen sie Geber für die dringend benötigte humanitäre Unterstützung für 5,3 Millionen von Nahrungsunsicherheit bedrohte Menschen in diesem Land gewinnen.

LINK

2019 Zimbabwe Flash Appeal:

<https://reliefweb.int/report/zimbabwe/2019-zimbabwe-flash-appeal-january-june-2019>



JEFFREY MOYO

ist ein Journalist und lebt in Harare, Simbabwe.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar,
Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

Artdirector: Sebastian Schöpssdau

Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



STEP MAP



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile for 'D+C Development and Cooperation'. The profile picture is a logo with 'D+C' in a circle. The cover photo shows a storefront with a sign that says 'EL PARAISO'. The page features a post from 'D+C Development and Cooperation' with the text: 'In view of the data, the civil-society report lambasts donor agencies that endorse private education as a solution of the poverty problem. Global Campaign for Education'. Below the text is a video thumbnail titled 'Private Profit Public Loss' showing a person behind a chain-link fence. The post has 3 comments and options to 'Gefällt mir', 'Kommentieren', and 'Teilen'. On the right side, the 'Community' section shows '227.014 Personen gefällt das' and '227.062 Personen haben das abonniert'. The 'Info' section includes 'Contact D+C Development and Cooperation on Messenger', the website 'www.dandc.eu', and 'Zeitschrift'. The 'Seitentransparenz' section states 'Facebook liefert Informationen, mit denen du die Intention von Seiten besser verstehst. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge darin posten.' and 'Seite erstellt - 8. Januar 2014'. At the bottom right, a user named 'Naim Atarud' is visible with the text 'Person das öffentliches Lebens'.



JUNGE STRAFTÄTER

Hartes Gesetz

Philippinische Gesetzgeber entscheiden bald darüber, ob das Mindestalter für Strafmündigkeit (MACR) von 15 auf 12 Jahre gesenkt werden soll. Diese Reform wird marginalisierte Kinder und Jugendliche weiter benachteiligen.

Von Emmalyn Liwag Kotte

Kinder müssten „lernen, was Verantwortung heißt“, sagt Präsident Rodrigo Duterte, der das Gesetz unbedingt haben will. Syndikate setzten Kinder für Drogenhandel und andere kriminelle Aktivitäten ein, so sein Argument.

Das philippinische Repräsentantenhaus hat der Reform schon im Januar zugestimmt. Der Senat wird es voraussichtlich im Juni verabschieden. Kritiker halten das Gesetz jedoch für unnötig, weil die Kinderkriminalität abgenommen hat. Polizeistatistiken von 2018 zeigen, dass nur 2,3 Prozent aller Vergehen – 11 321 Straftaten – von Kindern begangen wurden. In mehr als 93 Prozent der Fälle waren männliche Kinder und Jugendliche beteiligt.

Besonders gefährdet sind männliche Schulabbrecher zwischen 14 und 17 Jahren. Viele kommen aus armen Familien ohne festes Einkommen und müssen, da Jungs als körperlich leistungsfähiger gelten, die Schule verlassen, um Geld für die Familie zu verdienen. Oft erleben sie zu Hause häusli-

che Gewalt und werden meist wegen Diebstahls in den dicht besiedelten Gegenden im Großraum Manilas verhaftet. Sie stehlen Handys, Kleidung, Geldbeutel und Taschen. Oft geht es auch um Drogen – inklusive dem Verkauf und der Nutzung verbotener Substanzen.

Kinderrechtsvertreter weisen darauf hin, dass die minderjährigen Straftäter meist selbst Opfer sind, aus dysfunktionalen Familien kommen und missbraucht, ausgebeutet, vernachlässigt und verlassen wurden. Oft leben sie in sehr gefährlichen Gegenden. Die Straße ist ihr Zuhause und es ist für kriminelle Banden ein Leichtes, sie für sich zu gewinnen.

Die Senatorin Risa Hontiveros lehnt die Reform als eine der wenigen Gesetzgeberinnen ab. Strafmaßnahmen verhindern nicht, dass Kinder kriminell würden, meint sie. Stattdessen schlägt sie vor, ein bereits geltendes Gesetz besser umzusetzen: das Jugendrecht- und Schutzgesetz (JJWA) von 2006, wonach die Strafmündigkeit ab 15 Jahren gilt. Das Gesetz ermöglicht ein eigenes Rechtssystem für mit dem Gesetz in Konflikt geratene Kinder (CICL). Das JJWA fordert in Anlehnung an die Grundsätze der opferorientierten Justiz, dass Programme auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sein müssen, die in Konflikt mit dem Gesetz geraten sind.

Dazu gehört, dass es in den 81 Provinzen und 33 Städten des Landes Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche geben sollte. In sogenannten „Bahay Pagasa“ (Häusern der Hoffnung) sollen die 12- bis 15-jährigen Kriminellen temporär betreut unterkommen können.

Offiziellen Daten zufolge wurden von den geplanten 114 Bahay-Pagasa-Häusern aber nur 63 gebaut. 58 davon sind in Betrieb, aber sie sind dreckig, überfüllt, und es fehlen sogar Betten. Für Mädchen sind die Einrichtungen nur bedingt geeignet. Lediglich fünf der Häuser erfüllen die Regierungsvorgaben.

Noch schlimmer ist, dass es in den meisten Einrichtungen zu wenige Sozialarbeiter gibt und die Angestellten meist auch nicht für den Umgang mit Jugendlichen geschult sind. Tricia Oco vom Regierungsrat für Jugendrecht und -schutz (JJWC) berichtet: „Von den Kindern wird erwartet, den ganzen Tag ruhig zu sein und nichts zu tun.“

Senatorin Hontiveros hält das JJWA für ein gutes Gesetz, das aber ordnungsgemäß angewandt werden muss. Wo dies geschehe, gebe es gute Ergebnisse, betont sie und nennt als Beispiele Einrichtungen in Quezon City, Valenzuela und Malabon. „Dort, wo das Gesetz richtig und vollständig umgesetzt wird, gibt es weniger kriminelle Kinder“, sagt sie.

Viele Kommunen hätten aber nicht das Geld, um das Gesetz umzusetzen, bedauert die Senatorin. Sie glaubt, dass es noch schlimmer wird, wenn das Alter für Strafmündigkeit herabgesetzt wird. Ohne geeignete Einrichtungen zur Unterbringung und Wiedereingliederung würden kriminelle Jugendliche einfach in Erwachsenenengefängnissen landen. Statt Sozialarbeitern, die als positive Vorbilder dienen könnten, begegnen sie dort hartgesottene Verbrechern. Gefängnisse würden so zu Kriminalitätsschulen – und eine Resozialisierung würde immer schwerer.

Die scheinbar hart gegen Kriminalität vorgehende, populistische Politik führt daher eher zu noch mehr Kriminalität und Verzweigung.



Kein Ort für Minderjährige: Unangekündigter Kontrollbesuch in Manilas Zentralgefängnis im Juni 2018.



EMMALYN LIWAG KOTTE ist freie Journalistin und lebt in Deutschland.

emmalyn320@hotmail.com

GRUNDSCHULEN

Warten auf den Evaluierungsbericht

Vor drei Jahren entschied Liberias Regierung, dysfunktionale staatliche Schulen an privatwirtschaftliche Anbieter zu übertragen. Zivilgesellschaftliche Akteure halten den Ansatz für gescheitert. Die offizielle Evaluierung lässt derzeit auf sich warten.

Von Samwar S. Fallah

Liberianische Schulen sind lange schon in schlechtem Zustand. Im jahrelangen Bürgerkrieg verschärften sich die Probleme, und trotz beachtlicher Geberfinanzierung erwies sich der Wiederaufbau öffentlicher Infrastruktur als schwierig.

2016 entschied die Regierung von Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf, die Verantwortung für den Betrieb einiger staatlicher Schulen dem privatwirtschaftlichen Anbieter International Bridge Academies mit Sitz in den USA zu übertragen. Wegen öffentlichen Protests bezog sie bald darauf weitere Bildungsanbieter, wie die Omega Kette oder die international operierende nichtstaatliche Organisation Brac, in das Vorhaben ein. Bridge blieb aber der wich-

tigste Partner und zog die größte Aufmerksamkeit auf sich.

Bridge wird von internationalen Gebern wie der Gates Stiftung, der Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) und der britischen Regierung unterstützt. Das kostengünstige Geschäftsmodell ist indessen umstritten. Der Bridge-Lehrplan ist standardisiert und in allen Ländern gleich. Die Lehrkräfte unterrichten anhand von Vorgaben, die über einen Tabletcomputer gemacht werden, und mit diesem digitalen Gerät wird zugleich ihre Arbeit überwacht. Für individuelle Interaktion mit Schülern bleibt somit wenig Spielraum. Viele Lehrkräfte haben keinen Hochschulabschluss (siehe Alphonce Shiundu in E+Z/D+C e-Paper 2019/05, Schwerpunkt).

Die Public-private-Partnership (PPP) im Bildungssektor hieß zunächst „Partnership Schools for Liberia“ (PSL) und sollte über drei Jahre laufen. 2016 wurden 93 staatliche Schulen privaten Anbietern überlassen, mittlerweile sind es über 200.

Erste Evaluierungen des Programms deuteten darauf hin, dass es gut lief und

Schüler in PSL-Schulen mehr lernten. Sie waren allerdings auch finanziell besser ausgestattet als rein staatliche Schulen. Da Eltern kein Schulgeld zahlen, hingen die PSL-Schulen von staatlichen Zuweisungen und Gebergeld ab. Pikanterweise hängt aber auch der Staatshaushalt selbst von Gebergeld ab.

Auf die Veröffentlichung einer umfassenden Evaluierung des Projekts wartet die Öffentlichkeit bis heute. Die Regierung von Präsident George Weah, der 2017 die Wahlen gewann, hat das Programm um mindestens ein Jahr verlängert. Es heißt nun LEAP (Liberia Education Advancement Program). Die Regierung schreckt aber vor der öffentlichen Diskussion über Erfolg oder Misserfolg zurück. Auch auf wiederholte Anfragen hin bekam ich für diesen Artikel keine Auskünfte.

Auch Bridge war nicht zu einer Stellungnahme bereit. Weder das liberianische Büro der Bildungskette noch das Schulpersonal wollte sich äußern. Nur ein Schulleiter sprach mit mir – aber nur unter dem Vorbehalt, nicht namentlich genannt zu werden. An seiner Schule, die er seit einem Jahrzehnt leitet, habe sich kaum etwas verändert, sagte er: „Ich kann nichts Neuartiges erkennen. Wir warten ab, was in Zukunft passieren wird.“

Aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteure ist das PSL/LEAP-Modell gescheitert. „Es muss beendet werden“, sagt Anderson Miamen vom unabhängigen Center for Transparency and Accountability in Liberia (CENTAL). „Um die Probleme im Bildungssektor zu lösen, brauchen wir ein umfassendes Konzept.“ Staatliche Schulen müssten besser finanziert werden, und örtliche Ämter müssten für Schulbetrieb und -aufsicht zuständig werden. Nur lokale Verantwortung könne die Schulen inklusiver machen. Wichtig sei, Interessengruppen vor Ort einzubinden.

Miamen hat mehrere Bridge-Schulen im Land einer Beurteilung unterzogen und als mangelhaft eingestuft. Er sieht die weltweite Beobachtung bestätigt, dass Privatisierung von Bildung allenfalls marginale Verbesserungen bringe.



Überfüllte Klassen wie hier im Jahr 2015 sind typisch für Liberias Schulen.



SAMWAR S. FALLAH
ist liberianischer Journalist.

samwarfallah@gmail.com

UN

Vergewaltigung als Kriegswaffe

„In modernen Konflikten ist es gefährlicher, eine Frau zu sein als ein Soldat.“ Dieser Satz eines Generalmajors der UN aus dem Jahr 2008 ist noch immer aktuell. Er betrifft Jesidinnen im Irak, Rohingya-Frauen in Myanmar, Dorfbewohnerinnen im Kongo, Frauen in Syrien, Mali und dem Südsudan. Frauen werden in diesen Konflikten systematisch vergewaltigt und sexuell verklärt.

Von Sabine Balk

Regelmäßig dienen diese Taten als Kriegswaffe. Gegner sollen demoralisiert werden, indem ihre weiblichen Angehörigen nicht nur physisch verletzt, sondern auch psychisch zerstört werden. Die gezielte Ermordung von Zivilisten ist als Kriegsverbrechen anerkannt – aber über strategisch eingesetzte sexualisierte Kriegsgewalt wird kaum gesprochen, geschweige denn, dass sie vor Gericht kommt.

Dies wollen die UN ändern. Der Sicherheitsrat hat Ende April auf Initiative Deutschlands eine Resolution gegen sexualisierte Gewalt in Konflikten angenommen, um zu ermöglichen, dass die UN, ihre Mitgliedsstaaten und Gerichte wirksamer und schneller gegen Vergewaltigungen und Zwangsprostitution in Kriegen vorgehen und diese Taten ahnden.

Eine Mehrheit im Sicherheitsrat stimmte dem Entwurf zu. Russland und China enthielten sich jedoch. Die USA hatten zunächst mit einem Veto gegen die Resolution gedroht. Ihnen gefiel eine Passage nicht, in der unter anderem zugesichert wurde, dass Vergewaltigungsoffer Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung erhalten sollten. Erst als die Passage gestrichen wurde, stimmten die USA zu.

Die Regierung von Präsident Donald Trump verstand diese Formulierung als Angebot zur Abtreibung und lehnt das ab. Es ist zwar absurd, brutal missbrauchten Frauen diese Behandlung vorzuenthalten, die US-Regierung nimmt damit aber auf ihre christlich-fundamentalistischen Wähler Rücksicht. Abtreibungsverbote stellen

das Recht des ungeborenen Lebens über das Wohlergehen der schwer traumatisierten Frau, wobei es regelmäßig an Angeboten fehlt, diesen Frauen bei der Mutterrolle zu helfen. Die Mutter und ihr ungewolltes Kind werden erfahrungsgemäß von Familie und Nachbarschaft geächtet. Die intendierte Demoralisierung hält auf Dauer an – und deshalb sind Geistliche verschiedener Religionen in Konfliktgebieten oft weniger rigoros, als die Dogmen es verlangen.

Jedenfalls ist die UN-Resolution somit schwächer, als sie sein müsste, um allen betroffenen Frauen Kontrolle über ihr künftiges Schicksal zu garantieren. Seit vielen Jahren betonen Frauenrechtlerinnen, dass Frieden nur dann nachhaltig sein kann, wenn Frauen und Männer gleichberechtigt sind und Frauen in alle Aspekte des Friedensprozesses einbezogen werden. Sexualisierte Gewalt geht ganz überwiegend zu Lasten von Frauen. Regierungen wie die der USA, Chinas und Russlands wollen sich aber auf dieses Thema nicht recht einlassen. Das liegt nicht nur an der Angst, ihre eigenen Soldaten müssten sich gegebenenfalls vor Gericht verantworten, weshalb sie auch den Internationalen Strafgerichtshof nicht unterstützen. Ihnen geht das ganze Thema Gleichberechtigung zu weit.

Sexualisierte Gewalt ist eine brutale Weiterführung gesellschaftlicher Diskriminierungen und Benachteiligung in noch immer von Männern dominierten Gesellschaften. Das hat auch die in den USA begonnene #MeToo-Debatte eindrucksvoll offenbart. Unter dem Hashtag MeToo berichteten tausende Frauen weltweit in den sozialen Medien über alltägliche Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen, Missbrauch und Diskriminierung.

Der juristische Umgang mit sexuellen Übergriffen ist schwierig – vor allem, wenn nur zwei Aussagen, die des Täters und des Opfers, gegeneinander stehen. Umso wichtiger sind juristische Werkzeuge wie die UN-Resolution gegen sexualisierte Gewalt in Konflikten. Auch wenn sie durch die Intervention der USA verwässert wurde, hat sie die richtige Stoßrichtung: Vergewaltigung und Zwangsprostitution sollen auch im Kriegsfall nicht straflos bleiben.

P.S.: Innenpolitisch hat Trump kürzlich Initiativen für ein allgemeines Abtreibungsverbot in den USA unterstützt, zugleich aber Ausnahmen bei Vergewaltigung oder Inzest gefordert. Auf internationaler Ebene hat sich seine Regierung bedauerlicher Weise weniger entgegenkommend gezeigt.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Hilfsgruppe für Frauen aus Liberia, die während des Bürgerkriegs vergewaltigt wurden.



Hirte in Benin.

LESERBRIEF

Die Wüste wandert nicht, sie wird von Menschen gemacht

**E+Z/D+C e-Paper 2019/03, Tribüne,
Interview mit Nnimmo Bassey: „Menschen
vor Ort einbeziehen“**

In dem Interview führt Herr Bassey aus, dass in Nigeria Klimawandel und schlechtes Umweltmanagement die beiden (wichtigsten) Ursachen für Wüstenbildung seien. Im gleichen Atemzug führt er Wanderhirtentum und Überweidung als die wichtigsten menschengemachten Faktoren für Desertifikation an. Der Folgebeitrag der E+Z/D+C-Redaktion zu „Afrikas Grüner Mauer“ lässt dann die Aufforstung als (einen) Lösungsbeitrag gegen die Wüstenausbreitung erscheinen.

Beide Feststellungen bedürfen der Präzisierung. Es ist sicher richtig, dass überall in den Sahelländern Wanderviehhaltung

erheblich zum Vegetationsverlust beiträgt. Unsere Forschungen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben aber bereits in den frühen 1990er Jahren gezeigt, dass die stationäre Viehhaltung der Bauern ohne Behütung der Tiere zwar weniger für den generellen Substanzverlust, aber maßgeblich für die Verhinderung der Regeneration der Vegetation in großem Umkreis um die Dörfer verantwortlich ist. Vermutlich ist diese Form der Viehhaltung für die Vegetation in der Sahelzone verheerender als das Wanderhirtentum.

Was die Aufforstung als Maßnahme gegen Desertifikation betrifft, so ist Herrn Bassey uneingeschränkt zuzustimmen. Eine „Mauer“ aus in Monokultur gepflanz-

ten Bäumen erscheint vor dem Hintergrund Hunderter gescheiterter Aufforstungsvorhaben vergleichbarer Art geradezu absurd. Eine Lösung kann nur darin liegen, die Landwirtschaft wieder mit der Ökologie zu vereinbaren. So sollten auf Ackerland stets 30 bis 40 Bäume pro Hektar dauerhaft erhalten werden. Vor allem ist eine enge Abstimmung von Beiträgen zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung mit Maßnahmen zum Bodenschutz notwendig, was wiederum die Regenwasserinfiltration und damit das Überleben junger Bäume fördert. Dies ist aber nur möglich, wenn endlich auch in der Sahelzone die Ackerbauern beginnen, ihr Vieh zu behüten.

Und noch etwas ist für die Reduzierung bzw. die Verlangsamung der Wüstenbildung notwendig: der gesicherte Zugang zu Land und Rechtssicherheit, dass Land auch und gerade durch Frauen langfristig genutzt werden kann. Erst dann sind Investitionen auch armer Bäuerinnen und Bauern in ihr Land und den Schutz des Bodens realistisch.

**Frank Bliss und Karin Gaesing,
Remagen/Werther**

ERZWUNGENE MIGRATION

Perspektiven für Flüchtlinge schaffen

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) arbeitet seit 2012 daran, eine adäquate Antwort auf die weltweite Flüchtlingskrise zu geben. In der Broschüre „Perspektiven für Flüchtlinge schaffen. Fluchtursachen mindern, Aufnahmeregionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen“ erklärt das BMZ seine Politik.

Von Sheila Mysorekar

Das Engagement des BMZ bezüglich Flucht umfasst drei Aktionsfelder:

- 1) Fluchtursachen mindern,
- 2) Aufnahmeregionen stabilisieren,
- 3) Flüchtlinge unterstützen.

Um diese Ziele zu erreichen, hat das BMZ unter anderem drei Sonderinitiativen geschaffen: „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“, „Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost“ und „EINE WELT ohne Hunger“. Hinzu kommt die Beschäftigungsoffensive Nahost.

Die Haltung der deutschen Regierung spiegelt sich wider in den Worten des UN-Generalsekretärs António Guterres: „Jetzt ist der Moment gekommen für einen radikalen Wandel bei den internationalen Bemühungen gegen Vertreibungen. Wir dürfen uns nicht länger nur um die Folgen kümmern, sondern müssen uns ernsthaft bemühen, die Gründe für Vertreibung zu beseitigen.“

Eines der wichtigsten Mittel, um Fluchtursachen zu mindern, ist Entwicklungshilfe, um Menschen in ihren Heimatländern neue Perspektiven zu schaffen. Dazu gehören verbesserte Infrastruktur und Ausbildungsprogramme, also die Reduzierung struktureller Fluchtursachen. Dies ist jedoch nur sinnvoll in Ländern, in denen kein Krieg herrscht, wo also Konfliktprävention noch greifen kann.

In Ägypten, einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit, unterstützt das BMZ beispielsweise eine Partnerorganisation dabei, ihre Beratungs- und Vermittlungsangebote

für Arbeitssuchende – insbesondere Jugendliche – zu modernisieren und auszubauen.

Die zweite wichtige Säule der BMZ-Flüchtlingspolitik ist die Stabilisierung der Aufnahmeregionen. Die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge sucht in Ländern Schutz, die in der Nähe ihrer ursprünglichen Heimat liegen, in der Regel in einem Nachbarland. Zu den Ländern, die besonders viele Menschen aufnehmen, gehören die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran, Äthiopien, Jordanien, Kenia, die Demokratische Republik Kongo, Bangladesch und Uganda.

Die große Menge an Flüchtlingen stellt die Aufnahmeländer vor immense Herausforderungen. Flüchtlinge und Einheimische konkurrieren um wichtige Res-

ourcen wie Brennholz, Wasser, Land und Arbeit. Alle leiden unter den schwierigen Lebensumständen, was zu neuen Konflikten führen kann. Um die Situation zu verbessern, investiert Deutschland direkt in die Infrastruktur vor Ort – so etwa in Wasserversorgung.

Ein weiterer Weg, damit Flüchtlinge schnell verfügbares Einkommen haben, sind die Cash-for-Work-Maßnahmen, die das BMZ zum Beispiel für Syrer in Jordanien ermöglicht. Dazu gehören:

- sehr arbeitsintensive Vorhaben (Abfall entsorgen, Straßen ausbessern)
- beschäftigungsintensive Infrastrukturvorhaben (Wohnungen und Schulen bauen)
- die Finanzierung von Löhnen (zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer) und
- der Wiederaufbau befreiter Gebiete.

Die dritte Säule der deutschen Politik ist die Unterstützung von Flüchtlingen bei der Reintegration. So unterstützt Deutschland etwa Pakistan bei der Aufnahme und Versorgung afghanischer Flüchtlinge. Rund 5 Millionen Afghanen sind seit 1979 aus ihrem Land geflohen, rund 2 Millionen von ihnen in das Nachbarland Pakistan. Viele



Flüchtlingslager Shatila in Beirut, Libanon.

afghanische Flüchtlinge leben dort bereits in dritter Generation (siehe Beitrag von Mahwish Gul in E+Z/D+C e-Paper 2019/04, Schwerpunkt).

Das „Refugee Affected and Hosting Areas“-Projekt (RAHA) unterstützt die Entwicklung der Infrastruktur in den Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan. Dabei geht es vor allem um soziale und wirtschaftliche Maßnahmen sowie um Existenzgründungen, um den sozialen Frieden zwischen der ansässigen pakistanischen

Bevölkerung und den afghanischen Flüchtlingen zu garantieren. Das Projekt unterstützt Bildungsangebote, eine verbesserte Gesundheitsversorgung und den Ausbau von Wasser- und Abwassersystemen für alle Betroffenen.

LINK

BMZ, 2017: Perspektiven für Flüchtlinge schaffen. Fluchtursachen mindern, Aufnahmeeregionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen.

https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie272_flucht.pdf



SHEILA MYSOREKAR
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit/D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Eigenständigkeit von Flüchtlingen fördern

Die UN verfolgen einen neuen Ansatz in der Flüchtlingspolitik, der im „Comprehensive Refugee Response Framework“ (CRRF) dargelegt wird. Ugandas Flüchtlingspolitik diene als Vorbild.

2016 wurde auf einem UN-Gipfel die so genannte New Yorker Erklärung für Geflüchtete und Migranten (New York Declaration for Refugees and Migrants) verabschiedet. Darin wurde festgelegt, dass Flüchtlingslager „eine Ausnahme“ in Notlagen sein sollten. Stattdessen sollte „Geflüchteten erlaubt werden, in und mit der Aufnahmegesellschaft zu leben.“ Aufenthalte in Lagern sollten verhindert oder zumindest begrenzt werden. Des Weiteren solle die Abhängigkeit der Flüchtlinge von humanitärer Hilfe reduziert werden.

Die New Yorker Erklärung fordert die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR auf, mit einer großen Bandbreite von Partnern zu arbeiten, inklusive Regierungen, Nicht-Regierungsorganisationen, anderen UN-Organisationen ebenso wie mit dem Privatsektor, internationalen Finanzinstitutionen und der Zivilgesellschaft.

Basierend auf der New Yorker Erklärung verabschiedete derselbe Gipfel ein umfassendes Rahmenwerk bezüglich Reaktionen auf Flucht, das „Comprehensive Refugee Response Framework“ (CRRF). Es zielt darauf,

- den Druck von Ländern zu mindern, die Flüchtlinge aufnehmen,
- die Eigenständigkeit von Geflüchteten aufzubauen,
- die Umsiedlung in Drittländer zu erleichtern,
- Bedingungen zu schaffen, damit Geflüchtete freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren können.

ANWENDUNG DES CRRF

Mit gutem Grund ist Uganda eines der Pilotländer. Uganda hat alle wichtigen Flüchtlingskonventionen und internationalen Menschenrechtsverträge unterzeichnet. Es ist das afrikanische Land mit den meisten Flüchtlingen. Über 1,4 Millionen Geflüchtete stellen 3,6 Prozent der Bevölkerung des Landes – bei einer Gesamtzahl von 39 Millionen. Die meisten stammen aus dem Südsudan

(74%), rund 20 Prozent kommen aus der Demokratischen Republik Kongo und drei Prozent aus Burundi.

Trotz vieler Schwierigkeiten hat Uganda eine äußerst fortschrittliche Politik bezüglich Flucht. Das Land verfolgt eine ganzheitliche Strategie, die die Aufnahmegesellschaft einbezieht, und ist ein Modell für die Umsetzung des CRRF. Entsprechend Ugandas einheitlichem Ansatz wird Geflüchteten Folgendes zugestanden:

- Bewegungsfreiheit,
- das Recht zu arbeiten und ein Geschäft zu betreiben und
- das Recht auf öffentliche Versorgung wie Bildung.

Das Büro des Premierministers und UNHCR führten das CRRF offiziell am 24. März 2017 in Uganda ein. Die Strategie beinhaltet fünf Bereiche:

- Rechte von Flüchtlingen,
- Notfallreaktion und humanitäre Bedürfnisse,
- Resilienz und Selbstständigkeit von Geflüchteten,
- Optionen für Umsiedlung in Drittländer (inklusive Studentenvisa und Stipendien) und
- freiwillige Rückkehr.

Geflüchtete in Uganda leben in Siedlungen anstatt in Lagern. Jede Flüchtlingsfamilie erhält ein Stück Land, so dass sie Ackerbau betreiben

kann. Lokale Gemeinden stellen freiwillig Land für Geflüchtete zur Verfügung.

Die meisten Geflüchteten würden gerne nach Hause zurückkehren, sobald der Bürgerkrieg oder die Naturkatastrophe vorbei sind. Aber das ist gar nicht so einfach – zuhause erwarten sie oft erbärmliche Armut und Unsicherheit. Eines der zentralen Ziele des CRRF ist es, „Bedingungen in den Herkunftsländern zu schaffen, um in Sicherheit und Würde zurückkehren zu können“.

Dies ist ein Appell an die internationale Gemeinschaft. Laut New Yorker Erklärung sei es auch notwendig, „sich mit den Ursachen der großen Fluchtbewegungen zu beschäftigen, einschließlich verstärkter Anstrengungen, Krisen durch präventive Diplomatie zu verhindern“.

LINKS

UNHCR: Comprehensive Refugee Response Framework (CRRF):

<https://www.unhcr.org/comprehensive-refugee-response-framework-crrf.html>

Global CRRF:

<http://www.globalcrrf.org/>

New York Declaration for Refugees and Migrants:

<http://www.globalcrrf.org/wp-content/uploads/2018/05/The-New-York-Declaration-Full-text-19Sep2016.pdf>

SCHULWESEN

Wohltätige und religiöse Initiativen müssen einspringen

Das Bildungswesen in Burundi ist nach Jahren politischer Instabilität in einem desolaten Zustand. Staatliche und auch viele private Schulen sind wenig leistungsfähig. Eine wichtige Säule sind Schulen entwicklungs-politischer Nichtregierungsorganisationen und religiöser Träger. Es handelt sich um gemeinnützige Institutionen, die nicht vom Staat geführt, aber nicht gewinnorientiert sind. Es gibt viel zu wenige davon.

Von Verena Stamm

Je weiter die Schulen weg von der größten Stadt Bujumbura sind, desto schwieriger ist es für die Kinder, in die Schule zu gehen. Meist ist der weite Schulweg die größte Hürde, und sie müssen oft mit hungrigem Magen aus dem Haus. Auch wenn staatliche Schulen seit 2005 kostenlos sind, müssen die Eltern doch Schulmaterial und Uniformen kaufen. Deshalb brechen viele Jungen und Mädchen die Schule ab.

Auch die staatlichen Schulen in und um Bujumbura sind in schlechtem Zustand. Die Gebäude sind zum Teil nicht fertig gebaut, haben keine Fenster und Türen. Die Klassen sind überfüllt, und es fehlt an Bänken und Schulbüchern. Die Kinder sitzen auf dem Boden und lernen dadurch sehr wenig. Der kleine Jean erklärte uns, dass die Uniformen durch den feuchten Boden immer schmutzig werden und es schwierig sei, auf dem Boden zu schreiben. Die Nichtregierungsorganisation *Fondation Stamm* (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/04) besorgte für eine Schule in dem Ort Rukaramu Schulbänke, und die Kinder können sich jetzt – wenn auch eng aneinandergesquetscht – auf Bänke setzen. Die Freude war groß, auch wenn es nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist.

Die *Fondation Stamm* baute und eröffnete 2006 eine eigene Schule in Bujumbura – zunächst eine Grund- und Sekundarstufe. Von Anfang an wollten wir Qualität vor

Quantität liefern und alle Kinder, ob reich oder arm, aufnehmen. Nur qualitativ hochwertige Bildung kann junge Menschen auf die Zukunft vorbereiten. Nach der Schuleröffnung wurden wir direkt mit staatlichen Reformen konfrontiert. Der Unterricht erfolgt in der Muttersprache Kirundi und in der Amtssprache Französisch, doch seit 2009 wurden Englisch und Kiswahili als zusätzliche Unterrichtssprachen eingeführt.

Kiswahili wird als ostafrikanische Sprache von vielen Menschen in Bujumbura gesprochen, auf dem Land hingegen kaum. Englisch ist auch nicht sehr verbreitet, und es können nicht viele Lehrer unterrichten. Wir stellten einen kongolesischen Lehrer für den Kiswahili-Unterricht ein und einen Englischlehrer mit Universitätsabschluss.

KINDERSCHICKSALE

Unsere Schule besuchen Kinder wohlhabender Eltern ebenso wie Kinder aus den Armenvierteln und sogar Straßenkinder aus unserem Heim. Heute werden 45 ehemalige Straßenkinder in unserer Schule unterrichtet. Sie sind gut integriert und bereiten sich mit viel Eifer auf die Oberschule vor. Ein Beispiel ist der elfjährige Salim Ahumugi-

sha. Sein Vater hat nach dem Tod der Mutter wieder geheiratet und den Jungen einfach auf die Straße gesetzt. Erst kam er bei einer Verwandten unter, die ihn aber auch nicht mehr versorgen konnte. Heute ist Salim glücklich, dass er unsere Schule besuchen kann.

Claver Kirimwagababo musste zusammen mit seinen Eltern betteln, obwohl er so gerne zur Schule gehen wollte. Doch seine armen Eltern konnten das Schulmaterial nicht kaufen. Claver möchte Lehrer werden und die Kinder umsonst unterrichten. Wir nahmen ihn bei uns im Heim auf, und er kann endlich in Ruhe lernen, was ihm wichtiger ist als zu spielen oder auf der Straße herumzulungern, wie er selbst sagt.

Da unsere Schule nur 20 Kilometer von der kongolesischen Grenze entfernt liegt, ist der Austausch groß. Rund 15 Prozent unserer Schüler kommen aus dem Nachbarland. Die Eltern haben kein Busgeld für sie, so dass diese Schüler zu Fuß laufen müssen.

Ein besonderer Fokus liegt bei uns auf den Schülerinnen. Mädchen werden sowohl innerhalb der Familien als auch in Schule und Ausbildung vernachlässigt. Auf dem Land, wenn das Geld sehr knapp ist, werden meist nur die Jungen eingeschult. Mädchen müssen im Haushalt helfen, die kleinen Geschwister betreuen und mit der Mutter aufs Feld gehen. Ältere werden wegen der Mitgift oft früh verheiratet. Ein Beispiel ist Aline Irakoze, die von ihrem Vater gezwungen wurde, mit der Stiefmutter aufs Feld zu gehen, um bei der Ernte zu helfen.

Sie ist schon in der Oberschule und wollte auf keinen Fall den Unterricht ver-



Die Schulen in Burundi sind meist überfüllt und häufig noch nicht einmal fertig gebaut.



passen. Der Vater weigerte sich aber, ihr das Schulgeld und Material zu geben. Er schloss sie in ihr Zimmer ein, aber sie kletterte aus dem Fenster, um zur Schule zu gehen. Wir kamen ihr zu Hilfe und redeten mit dem Vater. Das half und sie darf nun zur Schule gehen.

Werden Mädchen ungewollt schwanger, haben sie keine Chance mehr, die Schule zu beenden. Leider passiert es häufig, dass Lehrer oder gar Schuldirektoren Mädchen verführen. Sie versprechen den Schülerinnen gute Noten gegen Sex. Werden die Mädchen schwanger, müssen sie die Schule verlassen und werden oft auch von der Familie verstoßen. Wir nehmen solche Mädchen auf und versuchen sie in einer anderen Schule unterzubringen.

Die Regierung Burundis versucht dieses Problem auf eigenwillige Weise in den Griff zu bekommen. Um Anreize zu unterbinden, hat die Bildungsministerin allen

Schulmädchen verboten, Schmuck zu tragen. Sie dürfen nicht geschminkt im Unterricht erscheinen, und die Haare müssen geschoren sein. Das hat natürlich anfangs für Aufregung gesorgt. Inzwischen haben sich die Schüler aber damit abgefunden. Die Ministerin versucht allgemein Ordnung zu schaffen und hat viele Schulen geschlossen, die zu schlechte Leistung lieferten.

KONFESSIONELLE SCHULEN

Auch die religiösen Gemeinden betreiben eigene Schulen. Sehr wohlwärtig und menschlich, aber auch streng sind die Schulen der katholischen Kirche. Bildung ist eine ihrer Missionen. Die Schulen sind bestens ausgestattet, und es mangelt nicht an Schulbüchern und guten Lehrern. Dadruch sind diese Schulen sehr begehrt.

Ein Beispiel ist die Jesuiten-Schule „Saint Esprit“. Es ist eine Oberschule, die noch während der belgischen Kolonialzeit 1952 von den Jesuiten gegründet wurde. Es werden nur die Besten aufgenommen, was manche wiederum als Diskriminierung empfinden. Um aufgenommen zu werden, müssen die Kinder Tests machen, wobei bei der Auswahl kein Unterschied gemacht wird, ob es Jungen oder Mädchen sind, ob sie arm oder reich sind. Der Nachteil ist, dass Kinder anderer Religionen nicht in allen katholischen Schulen akzeptiert werden.

Es gibt auch einige muslimische Schulen, in denen Mädchen Kopftücher tragen müssen, und die Schulkleidung besteht aus langen Blusen und langen Röcken. Sie respektieren aber das staatliche Schulprogramm und der Koranunterricht ist freiwillig.

Im Allgemeinen wird in allen Schulen wenig Kulturelles unterrichtet. Unsere Schule bietet wenigstens Trommelunterricht. Unsere Schüler sind sehr stolz, das traditionelle Trommeln lernen zu dürfen und bei Festen darzubieten zu können. Ansonsten möchten alle Schüler, wie überall auf der Welt, moderne Musik hören und dazu tanzen, und traditioneller Gesang geht verloren. Das betrifft auch die Muttersprache Kirundi, die immer weiter „verfranzösischt“ wird. Das liegt ein Stück weit natürlich auch daran, dass es für die modernen Begriffe, wie zum Beispiel „Internet“, keine Übersetzung in der Muttersprache gibt.



VERENA STAMM

ist Gründerin der **Fondation Stamm**, die sich für **Straßen- und Waisenkinder in Burundi** einsetzt. Deutscher Partner ist

der **Verein burundikids**. Im November 2017 erhielt sie das **Bundesverdienstkreuz** für ihr Engagement. Mehrere ihrer **Kooperationsprojekte** wurden von **Engagement Global** gefördert.

verenast@fondation-stamm.org

<http://burundikids.org/index.html>

Alles ist möglich

Ein wichtiger Aspekt bei Bildung und Ausbildung sind die beruflichen Schulen. 2009 eröffnete die **Fondation Stamm** technische Berufsschulen im medizinischen Bereich, wo Ausbildungen in Krankenpflege und zum medizinisch-technischen Assistenten (MTA) sowie pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA) angeboten werden. Das sind Ausbildungen, die wir als einzige Schule in Burundi anbieten. Des Weiteren haben wir

eine Schule im Fachbereich **Banken/Versicherung** eröffnet.

Schüler und Eltern schätzen unsere Berufsschulen. Die Schüler lernen im Allgemeinen mit viel Ehrgeiz, und der Tag der Diplomvergabe ist ein großes Ereignis, das mit der ganzen Familie gefeiert wird. Die Mädchen ziehen sich besonders elegant an, und die Jungen kommen im Anzug. Nach Verkündigung der Diplome und Noten bricht ein

Jubel aus. Die Schüler werden herzlichst von der Familie und Freunden beglückwünscht und beschenkt.

Auch mehrere Schüler aus unserem Kinderheim haben die Berufsschule erfolgreich beendet. Sie dürfen dann am Staatsexamen teilnehmen. Wenn sie das bestehen, dürfen sie auf eine Universität oder eine Fachhochschule gehen. Es gibt Erfolgsgeschichten, die beweisen, dass Kinder, egal aus welcher Schicht sie kommen, mit ihrem Willen sehr viel erreichen können.

Ein Beispiel ist **Severin Ntahompagaze**, der in unserer

Schule die **PTA-Ausbildung** abgeschlossen hat und dann das **Staatsexamen** bestand. Dieses Jahr hat er das **medizinische Institut der Pharmakologie** erfolgreich beendet. Er bekam sofort einen Arbeitsplatz in einer Apotheke. Er ist sehr zufrieden, würde aber gerne noch einen **Masterabschluss** machen. Er hat dies erreicht, obwohl er alles andere als eine sorgenfreie Kindheit hatte. Beide Elternteile wurden im **Bürgerkrieg** ermordet, und er ist bei verschiedenen Verwandten aufgewachsen, bis er in unser Heim kam und unsere Schule besuchte. (vs)

Soziale Bindungen wirken präventiv: Frauen einer Spargruppe in Indien.



Seelische Gesundheit

Psychische Störungen nehmen weltweit zu. Geheilt werden können sie meist nicht – aber therapiert. Das ist eine wichtige, entwicklungsrelevante Aufgabe: Wer psychisch belastet ist, kann seinen Alltag schlechter bewältigen als andere, was sich auf Bildung, Arbeit und Sozialleben auswirkt. Um das dritte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) zu Gesundheit und Wohlergehen zu errei-

chen, muss laut der Weltgesundheitsorganisation gerade im Hinblick auf psychische Gesundheit viel mehr unternommen werden.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem dritten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Gesundheit und Wohlergehen. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

Metaphysische Erklärungen

Psychische Gesundheit ist in Afrika ein Tabuthema. Erkrankt jemand, wird die gesamte Familie als verflucht angesehen. Doch psychische Störungen nehmen zu und können nicht länger ignoriert werden. Ursache dieser Entwicklung sind zahlreiche soziale Veränderungen der vergangenen 50 Jahre.

Von Samir Abi

Die meisten Afrikaner betrachten psychische Störungen als Ergebnis eines äußeren Angriffs auf den Körper. So wird ein Mensch, der an einer psychischen Erkrankung leidet, als verhext oder verzaubert betrachtet, und man spricht von bösen Geistern, um den Zustand eines psychisch kranken Menschen zu beschreiben. Auch wer diese Ansicht nicht teilt, kann kaum leugnen, dass äußere Faktoren einen Einfluss auf interne Vorgänge haben, die zu psychischen Problemen führen. Vielfältige äußere Gründe können die Zunahme psychischer Krankheiten in Afrika erklären.

Eine große Rolle spielt der Verlust des sozialen Schutzes durch die Familie. Im kollektiven Verständnis bildet die Familie in Afrika eine solidarische Einheit, die dabei hilft, die vielen Schwierigkeiten des Lebens zu meistern. Doch der Vormarsch des Wirtschaftsliberalismus und der Trend zur Individualisierung unserer Gesellschaften hat diesen Mythos allmählich zerstört. Die Familie bietet nicht mehr die verlässliche Grundlage, um auf Ungleichheiten und gesellschaftliche Schwierigkeiten zu reagieren. Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung werden zunehmend als das Scheitern des individuellen Menschen wahrgenommen. Ohne den Schutz der familiären Solidarität kann das Gefühl des gesellschaftlichen Versagens zu schweren Depressionen oder anderen psychischen Störungen führen.

Eine weitere Ursache für psychische Probleme liegt in der Ernährung. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass ein Ungleichgewicht der Darmflora psychische Störungen begünstigen kann. Mangelernährung kann in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. In Afrika haben sich die

Ernährungsgewohnheiten dahingehend geändert, dass immer mehr verarbeitete Lebensmittel importiert werden, während eine gesunde, lokale Ernährungsweise in den Hintergrund tritt. Die Bauern wenden sich von den alten lokalen Sorten ab und bauen an, was sich gut exportieren lässt – oder wandern auf der Suche nach lukrativeren Jobs in die Städte ab.

Die Enge der Elendsviertel, der tägliche Kampf ums Überleben und das Gefühl des Scheiterns, das durch jahrelange Arbeitslosigkeit in der Stadt entsteht, können zu Neurosen führen (siehe auch Beitrag S. 33 in diesem e-Paper). Betroffene sind an den Hauptstraßen afrikanischer Städte zu sehen: Sie wandern in zerrissenen Kleidern umher, haben sich schon lange nicht mehr gewaschen und leben von Essensresten, die sie im Müll finden. Manche von ihnen leiden auch unter Psychosen.

Auch die Veränderung des Wirtschaftssystems in Afrika trägt zu psychischen Störungen bei. Der Übergang von einer traditionellen zu einer modernen

Gesellschaft hat viele Menschen aus dem Gleichgewicht gebracht. Früher basierte das soziale Gefüge auf dem Erhalt des Clans, heute geht es um Wettbewerb und persönlichen Erfolg. In armen Gegenden ist der Kampf ums Überleben zu einem gewalttätigen, ja anarchischen Kampf geworden. Dabei trifft das Ellenbogenverhalten, zu dem die Rivalität untereinander führt, psychisch labile Menschen besonders. Das fängt schon in der Schule an: Der Wettbewerb unter den Schülern – in überbelegten Klassen und bei überlasteten Lehrern – führt zu einer Form sozialer Selektion. Die „Schwachen“, also diejenigen, die am empfindlichsten auf Stress und Druck reagieren, gelten als „verrückt“ und werden von Schule und Gesellschaft auf den Prüfstand gestellt. Betroffene reagieren mit unterschiedlichen Strategien, um dem Druck zu entkommen: vom Konsum psychotroper Substanzen bis zur Flucht in religiöse Sekten.

Erwähnt werden sollte nicht zuletzt das Gefühl von Verlassenheit, das bei Kindern zu Neurosen führen kann. Dieses ist auf die Abwesenheit der Eltern zurückzuführen, die allzu beschäftigt damit sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, oder auf Konflikte zwischen den Elternteilen. Auch Eltern, die zu sehr auf sozialen Erfolg fokussiert sind und auf keinen Fall scheitern



Kinder vor einem Krankenhaus für psychische Gesundheit in Monrovia, Liberia. Nach der Ebola-Krise in dem westafrikanischen Land mit tausenden Toten kämpfen viele Menschen mit psychischen Problemen.



Viele Afrikaner suchen Heilung in traditionellen und religiösen Praktiken. Python-Tempel in Ouidah, Benin.

wollen, können ihren Kindern psychischen Schaden zufügen.

HEXEREI ODER BÖSE GEISTER

Wenn ein Familienmitglied psychisch erkrankt, wird es in vielen ländlichen Regionen Afrikas häufig von der Familie ausgeschlossen. Denn ein Geisteskranker gilt als Fluch für die ganze Familie. Sie kann sozial geächtet werden, wenn eines ihrer Mitglieder als verrückt angesehen wird. Die Mädchen und Frauen dieser Familie können nicht in andere Familien einheiraten – zu groß ist die Angst, auch ihre Nachkommen könnten vom Wahnsinn betroffen sein. Oft erkennt die Familie psychische Probleme nicht als solche an, sondern sieht die Ursache in Hexerei, bösen Geistern oder anderen metaphysischen Übeln.

Wenn die Ursachen einer Geisteskrankheit in der Metaphysik gesehen werden, ist es logisch, auch metaphysische Lösungen für ihre Heilung zu suchen. Gängigste Praxis ist es, die betroffene Person zu traditionellen Heilern oder Priestern von Ahnenriten zu bringen – in Togo, Benin oder Nigeria zum Beispiel in Voodoo-Tempel. Dort werden Zeremonien durchgeführt, in denen die Ahnen oder Götter zu Hilfe gerufen werden. Wenn psychische Störungen mit Gewaltausbrüchen einhergehen, wird der Betroffene oft brutal geschlagen, wochen- oder monatelang gefesselt, zum Teil ohne Versorgung mit

Nahrung, oder auf sich allein gestellt in den Busch oder Wald gejagt. Manche Familien, die sehr an ihren psychisch kranken Kindern hängen, bringen diese auch in die Stadt, wo es bessere Behandlungsmöglichkeiten gibt.

Des Weiteren kommen religiöse Exorzismen zum Einsatz, um psychische Störungen zu „behandeln“. Sowohl christliche als auch muslimische Exorzisten sind in Westafrika auf dem Vormarsch, wo die Zahl religiöser Sekten in rasantem Tempo zunimmt. Für Exorzisten sind psychische Erkrankungen das Werk böser Geister. In Zeremonien und Andachten versuchen sie, den Betroffenen davon zu befreien. Gewalttätigkeit von Geisteskranken wird damit erklärt, dass sie in der Hand satanischer Dämonen sind, die es zu bekämpfen gilt. Der Erfolg religiöser Praktiken ist wissenschaftlich nicht erwiesen. Gewiss ist aber, dass der Glaube an die göttliche Kraft zur Heilung führen kann. Wenn das geschieht, wird es oft als Wunder angesehen. Dazu gibt es zahlreiche Erfahrungsberichte in den Medien.

Wenn traditionelle und religiöse Praktiken wirkungslos bleiben, bleibt die Psychiatrie als letztmögliche Lösung. In allen Ländern Westafrikas ist die Psychiatrie das Stiefkind in der Medizin. Die Regierungen stellen keine ausreichenden Ressourcen für diesen wichtigen Gesundheitssektor bereit, weshalb er für Medizinstudenten unattraktiv ist. Nur wenige Ärzte und Krankenschwestern sind auf die Betreuung von

Menschen mit psychischen Problemen spezialisiert. In westafrikanischen Ländern kommen oft nur wenige Dutzend Ärzte auf viele Millionen Menschen. Viele psychiatrische Kliniken stammen noch aus der Kolonialzeit und sind in schlechtem Zustand. Sie werden als Zentren betrachtet, in die Menschen abgeschoben werden, die in der Gesellschaft keinen Platz mehr haben. Das extrem negative gesellschaftliche Image psychisch Kranker schließt auch die Annahme ein, dass es keine medizinische Heilung für sie geben kann.

Trotz der schlechten Voraussetzungen und allen institutionellen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten machen afrikanische Psychiater einen guten Job. Berichte von Menschen, die durch den Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik genesen sind, sind zwar selten. Das liegt aber vor allem daran, dass die geheilten Menschen diese Episode ihres Lebens am liebsten vergessen und nicht darüber reden wollen. Grund ist die beschämende Art und Weise, wie die Gesellschaft psychisch Kranke betrachtet.

Allerdings steht eine psychiatrische Behandlung längst nicht jedem offen. Wer keine Krankenversicherung hat, muss selbst für die Kosten aufkommen. Sie liegen etwa zwischen 50 000 und 150 000 CFA-Francs pro Monat (zwischen 80 und 200 Euro) – ein Betrag, den nicht jede Familie, und dazu noch über einen längeren Zeitraum, aufbringen kann. Tatsächlich können sich nur Wohlhabende eine solche Behandlung leisten. So finden sich in Psychiatrien zum Beispiel Menschen aus reichen Schichten, die einen Drogenentzug machen.

Psychisch Kranke, für die eine Betreuung in einer psychiatrischen Einrichtung nicht finanzierbar ist und denen die Familie nicht hilft, fristen ihr Dasein auf der Straße und leben von Müll. Eine echte Aufklärung der afrikanischen Bevölkerung über dieses sensible Thema ist dringend geboten, damit sich sowohl das Image psychisch Kranker als auch ihre Behandlung ändern.



SAMIR ABI

hat einen Abschluss in Bevölkerungswissenschaften und Entwicklung von der Universität Lüttich, Belgien,

und arbeitet für Visions Solidaires, eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.

samirvstg@gmail.com

Sprache als Grenze der Wirklichkeit

Weltweit gibt es nicht nur gender- und religionspezifische Sicht- und Umgangsweisen mit Krankheit und Gesundheit, sondern auch kulturspezifische. Die Muttersprache spielt dabei eine besonders bestimmende Rolle. In der Diagnostik psychischer Zustände muss der kulturelle Bezugsrahmen berücksichtigt werden, um Fehleinschätzungen zu vermeiden.

Von Solmaz Golsabahi-Broclawski

Unsere Muttersprache gibt uns richtungsweisend an, wie wir handeln und denken beziehungsweise das Gedachte in Worte fassen. Die Spielregeln der Kommunikation sind damit vorab festgelegt: Ein deutsches Kind mit deutscher Muttersprache lernt beispielsweise, sein „Ich“ zu betonen und in den Mittelpunkt zu stellen, ein persisches Kind hingegen spricht von „wir“, wenn es um das Ich geht. In vielen Sprachen werden „ja“ und „nein“ nicht mit der Deutlichkeit und Schärfe wie im Deutschen verwendet. So gibt es in zahlreichen asiatischen Sprachen ein abgeschwächtes Ja, aber kein klares Nein, denn man will sein Gegenüber nicht brüskieren.

Zwischen Menschen verschiedener Kulturen sind Missverständnisse aufgrund dieser Unterschiede allgegenwärtig. Die Gesprächspartner sind überzeugt, dass sie sich klar und unmissverständlich ausgedrückt haben – und reden doch aneinander vorbei.

Die psychische Stabilität eines Menschen ist stets abhängig von seinem Dialog mit der Außenwelt. Wo es zum Beispiel oberste Priorität hat, das Gesicht zu bewahren, Schande abzuwehren und das Kollektiv zu schützen, ist häufig kein Raum für eine psychische Destabilisierung. Dies spiegelt sich in der Sprache wider: In Kulturen, in denen das Kollektiv großgeschrieben wird und alle Angehörigen an Gesundheit und Krankheit beteiligt sind, ist es eine Schande und ein Versagen, seine psychische Destabilisierung zu realisieren und zu verbalisieren. Es bleibt dem Kranken, Hilfebedürftigen

nur die körperliche Sprache: Formulierungen wie „mein Herz ist verflüssigt“, „meine Leber brennt“, „meine Haut brennt“ werden benutzt, um den depressiven Seelenzustand zu beschreiben.

Daran wird deutlich, warum in manchen Ländern bestimmte somatoforme Erkrankungen, die sich also nicht auf organische Ursachen zurückführen lassen, häufiger auftreten als in anderen. Die körperliche Ausdrucksweise für das psychische Unwohlsein ist die einzige gesellschaftlich akzeptierte und tolerierte Form. Alle ande-

gewachsene Haltungen bedingt und wird durch den Einfluss sozialer und kultureller Faktoren geformt. Die Begrifflichkeiten zur Persönlichkeit, wie sie in der Psychiatrie und Psychologie genutzt werden, sind geprägt durch die mitteleuropäische Kultur der jeweiligen Forscher. Es führt oft zu Missverständnissen, wenn die feinen kulturellen Unterschiede nicht berücksichtigt werden.

KULTURSTANDARDS

In der Diagnostik und Beurteilung eines psychischen Zustands ist besonders der soziokulturelle Bezugsrahmen einschließlich der kulturell geprägten Grundwerte der jeweiligen Herkunftsgesellschaften zu berücksichtigen, um ethnozentrische Fehleinschätzungen zu vermeiden (siehe Kasten).

In der Vermittlung von Kulturstandards wird oft versucht, alle Arten des Wahrnehmens, Denkens, Wertens und Han-



Der Umgang mit psychischen Problemen ist stark kulturabhängig.

ren Arten der Destabilisierung werden als „verrückt“ angesehen: von einem Geist, einem Dschinn, einem Teufel oder sonstigen externen Bösewicht besetzt. Diese Art der Externalisierung hilft der Gemeinde, die Ursache außerhalb der Familie zu suchen und damit die Schande fernzuhalten.

Die Persönlichkeitsentwicklung ist per se durch biologische Dispositionen, genetische Determinierungen, lern- und psychodynamische Vorgänge sowie biografisch

delns, die für die Mehrzahl der Mitglieder einer bestimmten Kultur für sich persönlich und andere als normdefiniert gelten, als typisch und verbindlich zu vermitteln. Dabei werden oft Empfehlungen ausgesprochen: Pünktlichkeit macht im Land X einen Eindruck von Zwanghaftigkeit, während Verspätung als Souveränität verstanden wird. Dabei werden Ausnahmen und die globale Vermengung der Kulturen völlig außer Acht gelassen.

Bereits in den 1970er Jahren, als die Menschen weltweit voneinander getrennter waren als heute und nicht in Echtzeit übers Internet kommunizieren konnten, haben sich sogenannte kulturelle Standards durchaus vermengt. Das Land X mit dem Charakter und Habitus X ist längst nicht mehr starr, und selbst Einheimische kennen sich in vielen Ländern weniger aus als früher üblich. Die interpersonellen Interaktionen innerhalb der Kulturen sind komplexer und vielschichtiger

geworden. Dies führt weltweit zu Stress, psychischer Destabilisierung und Überforderung.

Heute ist es nicht unüblich für eine junge Frau, emanzipiert, strenggläubig und vegan zu sein, liberal zu wählen und doch eine traditionelle Meinung zur Sexualität zu vertreten. Die Welt, in der wir leben, ist bereits eine interkulturelle Gesellschaft – was vielen gar nicht bewusst ist. Eine differenzierte Haltung zu sich selbst und eine Reflexion der eigenen Wirklichkeitskonstrukte

helfen dabei, die Brücke der Kommunikation weltweit zu betreten und auch zu überqueren.



SOLMAZ GOLSABAHTI-BROCLAWSKI
ist Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und ärztliche Leiterin des

medizinischen Instituts für transkulturelle Kompetenz in Bielefeld.

tagung@mitk.eu

Segen der Familie

Eine aus Syrien stammende junge Frau wird im Rahmen der Diagnostik für die Eignung einer Ausbildung zur Pilotin in Deutschland befragt. Auf die Frage „Was wünschen Sie sich für die Zukunft?“ antwortet sie in deutscher Sprache: „Ich wünsche mir, das Einverständnis meiner Eltern vorausgesetzt, eine Ausbildung. Sofern ich deren Segen und auch Zustimmung habe, würde ich gerne nach der Ausbildung heiraten.“

Die anwesende Psychologin schlussfolgert daraus – und aus weiteren Antworten der Kandidatin –, dass diese eine ausgeprägte abhängige Persönlichkeitsstörung habe und dringend einen Ich-stärkenden und das Selbstbewusstsein fördernden Workshop besuchen solle.

Auf die Frage, wie sie darauf komme, obwohl sich die junge Frau für eine Ausbildung als Pilotin bewerbe und eine sehr erfolgreiche Biografie aufweisen könne, antwortet die deutsche Psychologin, die Kandidatin habe bei allen Fragen den Wunsch der Familie vor ihren eigenen Wunsch gestellt. Keinen Satz formulierte sie in Ich-Form.

Die Psychologin wurde über das kollektive Bewusstsein in Syrien und die kollektive Struktur der arabischen Muttersprache der Bewerberin aufgeklärt und sollte im Dialog mit dieser ihre Hypothese hinterfragen. Im Rahmen einer Supervision berichtete die Psychologin mit Verwunderung,

dass es die junge Syrerin geschafft habe, ihre Großmutter und einen Onkel von ihrem Vorhaben zu überzeugen und über deren Segen auch den Segen der Eltern für die Pilotenausbildung zu erhalten. Sie habe sich nicht von ihrem Traum abbringen lassen und dafür auch in der Familie gekämpft. Gleichwohl habe sie nicht ohne den Segen der Familie mit der Ausbildung anfangen wollen, da „Frieden der Seele“ wichti-

ger sei als ein erfüllter Traum mit gebrochener Seele.

Das Fallbeispiel macht deutlich, dass die Interpretationen von den jeweiligen Schablonen des Beobachters abhängig sind. Umgekehrt wäre die deutsche Psychologin in Syrien als eine narzisstische, selbstverherrlichende Person wahrgenommen worden, die keine Rücksicht auf andere nimmt. Beide Interpretationen sind nicht neutral in der Bewertung der Situation. (sgb)



Andere Kulturen verstehen lernen: Syrische Migranten bringen Deutschen den arabischen Tanz Dabke bei.



GALZ-Aktivist:innen mit eigenem Foto in Harare, Simbabwe.

„Kein Platz in der Gesellschaft“

Die meisten Schwulen und Lesben in Simbabwe müssen ihre sexuelle Identität verstecken. Diskriminierung, Exklusion und gewalttätige Angriffe gegen sie führen zu ständiger Furcht und Einsamkeit. Viele leiden unter einem schlechten psychischen Zustand. Eine lokale zivilgesellschaftliche Organisation stellt Hilfe bereit, aber ein politischer Wandel ist dringend vonnöten.

Von Grace Badza

Schätzungsweise zehn Prozent von Simbabwes Bevölkerung sind schwul oder lesbisch. Allerdings wagen es nur wenige, ihre sexuelle Orientierung preiszugeben. Homosexualität wird von der Gesellschaft verachtet; sie ist ein Tabu und wird als psychische Krankheit fehlinterpretiert (siehe Kasten nächste Seite). Generell herrscht eine negative Haltung gegenüber LGBTI-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell).

„Sie sagen, ich sei der Grund, warum die biblischen Städte Sodom und Gomorra zerstört wurden“, erzählt ein älterer homosexueller Mann. „Sie nennen mich eine Abscheulichkeit, die von der christlichen Religion nicht akzeptiert wird.“ Ein anderer Mann berichtet, dass er auf der Arbeit gemobbt wurde. „Sie haben mich gefeuert. Ich

habe kein Einkommen mehr.“ Viele LGBTI-Menschen in Simbabwe leiden unter niedrigem Selbstwertgefühl; sie sind isoliert und oft deprimiert. „Ich habe keinen Platz in der Gesellschaft“, sagt eine junge Lesbe aus Harare. „Wo soll ich nur hin?“

Die meisten LGBTI-Personen geben dem Druck der Eltern und Familie nach und gehen heterosexuelle Ehen ein. Sie sind gezwungen, ein Leben in Täuschung und Lüge zu führen, was emotional erschöpft und zu extremer psychischer Qual führt.

Simbabwe ist weltweit eines der Länder, das schwule, lesbische und transgender Menschen am wenigsten akzeptiert. 2006 wurde das Strafgesetzbuch des Landes um eine Strafe für Sodomie erweitert, so dass nun Handlungen inbegriffen sind, die „von einer normalen Person als unanständig betrachtet werden“. Dazu kann beispielsweise gehören, dass zwei Männer Hände halten oder sich umarmen, und dies kann zu einer langen Haftstrafe führen.

Das geltende Strafrecht von Simbabwe erklärt bestimmte sexuelle Handlungen als illegal, bezeichnet aber den LGBTI-Status nicht per se als kriminell. Die meisten Menschen glauben jedoch, Homosexualität sei ein Verbrechen. Medien verstärken diese Haltung. Homophobe Äußerungen von Regierungsmitgliedern tragen zu einem äu-

ßerst diskriminierenden sozio-politischen Umfeld bei.

Simbabwe ist keine Ausnahme. Homosexualität ist in 35 afrikanischen Ländern illegal und wird laut Amnesty International in zwei Ländern mit der Todesstrafe geahndet, in Mauretanien und dem Sudan, ebenso wie in einigen Regionen von Somalia und Nigeria.

Homosexuelle Personen sind Gewalt und Marginalisierung ausgesetzt. Aggressionen ihnen gegenüber reichen von Beschimpfungen und Mobbing bis zu sozialer Diskriminierung, physischer Gewalt und psychischer Folter.

Laut einer Umfrage der Nichtregierungsorganisation GALZ („Gays and Lesbians of Zimbabwe“) von 2018 sind 50 Prozent der schwulen Männer in Simbabwe physisch angegriffen worden. 64 Prozent wurden von ihren Familien verstoßen, ebenso wie 27 Prozent aller Lesben. Sie werden oft beschuldigt, „Scham und Schande“ über ihre Familien zu bringen.

Manche Familien in ländlichen Gebieten nehmen an, dass ihr schwuler Sohn oder lesbische Tochter vom Teufel oder Dämonen besessen sei. Traditionelle Führer werfen sie aus dem Dorf. Ein junger Mann aus dem westlichen Simbabwe, der lieber anonym bleiben will, erzählt, dass die Menschen in seinem Dorf glauben, dass „Homosexualität schon vom bloßen Händeschütteln übertragen“ würde. Der Ältestenrat entschied, dass er nicht mehr in der Gemeinde bleiben dürfe.

Aber selbst wenn sie in Städte ziehen, sind LGBTI-Menschen nicht vor Diskriminierung sicher. So verlieren sie oft ihre Arbeit, wenn ihre sexuelle Orientierung entdeckt wird.

Ein anderes häufiges Problem ist die schlechte Behandlung durch Gesundheitspersonal. „Im Krankenhaus haben sie Angst, mich zu berühren“, berichtet ein homosexueller Mann. „Manche predigen mir sogar aus der Bibel.“ Infolgedessen vermeiden LGBTI-Menschen sogar bei grundlegenden physischen Problemen, zum Arzt zu gehen.

In Simbabwe und anderen afrikanischen Ländern wird oft behauptet, dass Homosexualität „un-afrikanisch“ und eine abseitige westliche Ideologie sei. Der frühere Präsident Robert Mugabe nannte Schwule 2013 öffentlich „schlimmer als Hunde und Schweine“ und drohte ihnen, „den Kopf abzuschneiden“. In diesem Kontext reagieren

viele Gesetzeshüter nicht adäquat, wenn die Menschenrechte von sexuellen Minderheiten verletzt werden. Sie konzentrieren sich eher auf die sexuelle Orientierung des Opfers als auf das Verbrechen.

Weil sie mit einem Stigma leben müssen, haben Menschen der LGBTI-Community ein höheres Risiko für psychische Leiden. Die Probleme reichen von Angststörungen und Depression zu Suchtverhalten und riskantem Sexualverhalten. Infolgedessen gibt es erhöhte Raten von Selbstmordversuchen und Selbstmorden unter homosexuellen Männern. Zivilgesellschaftlicher Aktivismus kann die Lage jedoch verbessern.

BERATUNG ZU SCHWULENRECHTEN

„Gays and Lesbians of Zimbabwe“ (GALZ) ist ein Verband, der 1990 für LGBTI-Menschen in Simbabwe gegründet wurde. GALZ bietet Beratung an und setzt sich für Menschenrechte ein. 32 Mitarbeiter kämpfen für Toleranz für sexuelle Minderheiten und die Aufhebung homophober Gesetze. Ihr Ziel ist es, sozioökonomisch, rechtlich und auch psychisch Gerechtigkeit für LGBTI-Menschen in Simbabwe zu schaffen.



Im September 2018 wurden drei GALZ-Beratungszentren in den Städten Harare, Mutare und Masvingo eröffnet, die vom Global Fund finanziert werden. Viele Betroffene kommen mit Symptomen von Depression, suizidalen Tendenzen, Paranoia, Angststörungen und ähnlichen Problemen. Es findet eine psychiatrische Begutachtung statt. Soweit möglich, werden die Leute im Zentrum beraten. Therapiestunden sind einzeln, in Paaren oder für Familien möglich. In schweren Fällen werden die Patienten an Spezialisten überwiesen. Es werden Workshops über psychische Gesundheit

von sexuellen Minderheiten angeboten. GALZ-Personal macht auch Hausbesuche, um die Entwicklung der LGBTI-Klienten zu verfolgen.

Viele Menschen wandern auch in benachbarte Länder aus, die offener und toleranter sind, wie etwa Südafrika, Botswana oder Namibia. Aber viele müssen sich dort mit Sexarbeit über Wasser halten.

Neue Strategien für den Gesundheitssektor sind notwendig, um das Stigma zu reduzieren und diesen Gruppen verbesserten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu garantieren, mit Fokus auf ihre psychische Gesundheit. Simbabwe muss LGBTI-Personen vor Diskriminierung schützen, entsprechend den Yogyakarta-Prinzipien. Das ist ein Regelwerk zu internationalen Menschenrechtsnormen bezüglich sexueller Orientierung und Genderidentität.



GRACE BADZA
ist Psychologin und
Therapeutin bei „Gays and
Lesbians of Zimbabwe“
(GALZ). Sie lebt in Harare.

grace.badza@galz.co
<https://galz.org/>

Homosexualität: keine Krankheit

Die Stigmatisierung und Diskriminierung von Schwulen kann zu psychischen Problemen führen – aber die Homosexualität als solche ist keine psychische Krankheit. Diesbezüglich ist sich die Wissenschaft einig, und dies wird auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestätigt.

Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass LGBTI (lesbisch, schwul, bisexuell, transgener oder intersexuell) zu sein völlig kompatibel mit einem normalen und gesunden Leben ist. Die medizinische Forschung zeigt, dass sexuelle und romantische Anziehung und Gefühle zwischen demselben Geschlecht nicht abnorm

sind. Es handelt sich um Variationen der menschlichen Sexualität.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führt eine Liste von Krankheiten, die International Classification of Diseases (ICD). Diese Liste wird regelmäßig überarbeitet, in Übereinstimmung mit den neuesten medizinischen Erkenntnissen. 1977 bezeichnete die ICD-9 Homosexualität noch als eine Krankheit. Später strich die WHO diesen Punkt von der Liste. Die 43. Weltgesundheitsversammlung bekräftigte diese Entscheidung im Mai 1990. Die ICD-10, die momentan gilt, stellt klar, dass „die sexuelle Orientierung an

sich nicht als Störung betrachtet werden kann“.

Obwohl die WHO Homosexualität von ihrer Liste von Krankheiten gestrichen hat, bleiben andere Formen von Diskriminierung, sagt Susan Cochran, eine Psychologin und Epidemiologin von der University of California Los Angeles (UCLA): „Schwul- oder Lesbischsein wird nicht mehr als Störung klassifiziert, aber es sind neue Kategorien von Krankheiten mit Homosexuellen-Bezug hinzugekommen.“

Zum Beispiel kann Homophobie Teenager dazu bringen, sich verfolgt und hoffnungslos zu fühlen – und das kann zu Symptomen einer klinischen Depression führen. Cochran zeigt auf, dass die betroffenen Menschen

manchmal „unter den geltenden WHO-Richtlinien als psychisch krank klassifiziert werden“. Diese psychischen Folgeprobleme werden in den Vorbereitungen für die ICD-11 einbezogen.

Sexuelle Orientierung ist ein umstrittenes Thema: Weltweit werden Zeichen der gleichgeschlechtlichen Orientierung stigmatisiert. Länder wie Saudi-Arabien, Iran, Uganda und Russland haben Anti-LGBTI-Gesetze erlassen. Diese Stigmatisierung und die daraus folgende Diskriminierung können zu psychischen Störungen führen. Die psychosoziale Lage ist sehr viel besser in den Ländern, die die Rechte von LGBTI-Menschen schützen. Ein Beispiel ist Südafrika, wo die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt ist. (shmy)

Die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen

Eine zivilgesellschaftliche Organisation in Kambodscha setzt sich für eine professionelle psychosoziale Betreuung ein. Dabei müssen traditionelle Autoritäten wie Glaubensführer und Heiler unbedingt einbezogen werden.

Von Solida Sun, Lemhuor Bun, Panha Pich und Sharon Gschaider-Kassahun

In Kambodscha herrschten jahrzehntelang Krieg, politische Unruhe und Instabilität. Das Land hat in den vergangenen 40 Jahren einiges durchgemacht, immer noch haben die Menschen mit ihrer schmerzvollen Vergangenheit zu kämpfen. Zugleich sind sie mit Armut, Arbeitslosigkeit, politischen Spannungen und Klimawandel konfrontiert.

Das Gesundheitssystem ist nach wie vor fragil und muss weiter entwickelt werden; die Möglichkeiten, Menschen mit psychischen Störungen angemessen zu betreuen, sind ungenügend (siehe Kasten unten).

Die Transkulturelle Psychosoziale Organisation Kambodscha (TPO) bietet Kambodschanern mit psychischen Problemen in Phnom Penh und Dorfgemeinden auf dem Land Hilfe an. TPO wurde 1995 als Partnerorganisation einer niederländischen Nichtregierungsorganisation gegründet und ist seit 2000 als unabhängige kambodschanische Organisation registriert. Der Ansatz von TPO ist es, westliche Medizin mit Glauben, traditionellen Praktiken und Bräuchen zu vereinen. TPO hat eine Klinik in Phnom Penh, zudem schult es Partner-

organisationen. Die Organisation will für das Thema psychische Probleme und Störungen sensibilisieren und setzt sich landesweit für Hilfsangebote ein. Ihre Arbeit unterstützt mitunter auch Konfliktlösung, Friedensbildung und soziale Gerechtigkeit.

Der TPO-Geschäftsführer und Psychiater Chhim Sotheara betont, dass es sehr wichtig ist, kulturelle Aspekte bei der psychosozialen Behandlung miteinzubeziehen. Dazu gehört auch, zu verstehen, wie Angehörige bestimmter Kulturen Symptome psychischer Störungen wahrnehmen und beschreiben. Unterschiedliche Kulturen haben unterschiedliche „Leidenssprachen“,



Traumatisiertes Land

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind die größten psychischen Probleme in Südostasien Depressionen, Suizid, Schizophrenie und Psychosen. Außerdem spielen psychische Folgen von Katastrophen und Notfällen eine Rolle.

Diese Einschätzung der WHO trifft auch auf Kambodscha zu, auch wenn hier besonders häufig Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) vorkommen. Eine 2012 veröffentlichte Umfrage der Royal University of Phnom Penh zeigte, dass:

- 40 Prozent bis 53 Prozent aller Kambodschaner unter Angststörungen,
- 11,5 Prozent bis 80 Prozent unter Depressionen und

- 7,3 Prozent bis 86 Prozent unter PTBS litten.

Dass die Angaben zu Depressionen und PTBS sehr vage sind, hat mit der schlimmen Vergangenheit Kambodschas zu tun. Krieg und das mörderische Regime der Khmer Rouge verursachten in den 1970er Jahren schweres Leid und traumatisierten die ganze Gesellschaft (siehe Sun Narin im Schwerpunkt des D+C/E+Z e-Papers 2017/03). Eine komplette Generation wurde geprägt davon, dass sie Familienmitglieder verlor, ihre Würde zerstört wurde und ihre Menschenrechte komplett missachtet wurden. Viele konnten nie eine gesunde Beziehung zu den Eltern erleben und lernten so-

mit selbst nicht, ihren Kindern gute Eltern zu sein. Langfristige Störungen infolge des Traumas sind so verbreitet, dass die Menschen normales Verhalten und ernste psychische Störungen kaum unterscheiden können. Beruhigungsmittel, Medikamente, Alkoholmissbrauch und der Konsum illegaler Drogen verschärfen die Probleme.

PTBS betrifft auch Menschen, die lange nach dem Ende des Terrorregimes geboren wurden, und ist vielleicht ein Grund dafür, dass die Suizidrate Kambodschas so hoch ist. Sie liegt 2,5 Mal über dem weltweiten Durchschnitt. Schizophrene Störungen und psychotische Episoden scheinen nicht häufiger als sonst aufzutreten, verursachen aber große Probleme. Patienten bekommen Halluzinationen und ihr Verhalten wird sehr unvor-

hersehbar. Mangels professioneller Hilfe werden sie oft in Käfige gesperrt oder in Ketten gelegt, damit sie keinen Schaden anrichten können. Dass ihre Menschenrechte verletzt werden, hat damit zu tun, dass die lokalen Gemeinschaften mit psychischen Problemen mehr oder weniger alleingelassen werden.

Kambodschas Gesundheitssystem kann der Lage derzeit kaum Herr werden. Es besteht ein enormer Mangel an professionellen Fachleuten. Einer aktuellen Erhebung zufolge kommen 0,33 Psychiater und sogar nur 0,26 Psychiatrie-Schwester auf 100 000 Menschen. Eine Reform des Gesundheitssystems muss das weitverbreitete psychische Leid berücksichtigen und dabei die Bräuche des Landes achten (siehe Hauptartikel). (sgk/tpo)

sagt er. TPO versucht, für diesen Aspekt besonders bei lokalen Gemeindeverantwortlichen ein Bewusstsein zu schaffen. Der Organisation ist sehr daran gelegen, diesen Persönlichkeiten wie auch anderen Gemeindegliedern Einblicke in medizinisches und psychologisches Wissen zu verschaffen, will aber umgekehrt auch von ihnen lernen.

Bei der TPO erarbeitet ein multi-professionelles Team gemeinsam kulturell angemessene Maßnahmen. Zu den Mitarbeitern gehören Psychiater, Krankenschwestern, Psychologen, Psychotherapeuten, Sozialarbeiter und paramedizinische Fachkräfte. Traditionelle Heiler werden zusätzlich geschult. Sie spielen eine zentrale Rolle in der kambodschanischen Gesundheitsversorgung und müssen unbedingt einbezogen werden.

Diese Heiler werden älter und ihr wertvolles Wissen ist nirgends dokumentiert. Junge Leute interessieren sich wenig dafür, diese Profession zu erlernen, vor allem deshalb, weil sie nicht viel Geld bringt. Die Dokumentation des Wissens ist allerdings eminent, um es in westliche Behandlungsmethoden integrieren zu können und Behandlung so kulturell spezifisch und erfolgreich zu gestalten. Die TPO will zu diesem Thema weiter forschen und mehr Wissen ansammeln.

TRADITIONELLER GLAUBE

In Kambodscha ist die Art, wie psychische Erkrankungen verstanden werden und wie



Ein Mönch bindet einem Kambodschaner ein rotes Band als Schutz um den Arm. Das Band steht auch für Glück und Reichtum.

man mit ihnen umgeht, stark von traditionellen Vorstellungen geprägt. Meist werden psychische Herausforderungen als problematische Beziehungen zu den verstorbenen Vorfahren verstanden. Auch der buddhistische Karma-Gedanke wird oft bemüht, um zu erklären, was bei einer Person gerade passiert. Da die kambodschanische Gesellschaft kulturell sehr vielfältig ist, spielt das örtliche Umfeld eine weitere wichtige Rolle.

Es gibt auch geschlechtsspezifische Aspekte. Traditionelle Autoritäten sind überwiegend Männer und sie diagnostizieren Frauen schnell als überängstlich

und „zu besorgt“. Psychische Probleme bei Männern dagegen werden meist auf Drogenmissbrauch zurückgeführt. Abnormales Verhalten wird mit Armut erklärt, da diese die Möglichkeiten der Betroffenen einschränke, ihre Familien zu versorgen. Chronische Schmerzen – die oft auch Folgen psychischer Probleme sein können – kämen von der harten landwirtschaftlichen Arbeit.

Kambodschanische Familien tun alles dafür, ein Familienmitglied mit psychischen Problemen so lange wie möglich innerhalb der Familie zu integrieren. Erst wenn eine Person ernsthaft den Familienalltag beeinträchtigt, zum Beispiel durch gewalttätiges Verhalten oder Verstoß gegen soziale Normen (etwa schmutzig herumläuft), und damit Schande über die Familie bringt oder wenn die Belastung zu groß wird, suchen die Familien Hilfe.

Dann wenden Kambodschaner sich meist zuerst an religiöse oder traditionelle Führer oder an die Ältesten, bevor medizinische Hilfe beansprucht wird. Wichtige Anlaufstellen sind:

- Buddhistische Mönche (preahsong): Sie genießen bei Jung und Alt, auf dem Land wie in der Stadt ein hohes Ansehen. Sie vollziehen spirituelle Reinigungsrituale an Betroffenen. Die Menschen wenden sich aber auch an sie, um etwas über die Zukunft zu erfahren.
- Wahrsager (kru tjeij) werden meist – angeblich vor allem von Frauen – konsul-



Von TPO angeleitete Gruppensitzung.

tiert, wenn es um Beruf oder Liebesbeziehungen geht.

- Traditionelle Heiler (kru khmer) praktizieren meist auf dem Land und behandeln körperliche oder psychische Symptome mit Kräutern. Sie sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit westlichen Naturheilkundlern und Homöopathen. Bei bestimmten Symptomen erzielen sie durchaus beachtliche Erfolge, versuchen sich aber auch bei Leiden, bei denen eigentlich andere Kompetenzen gefragt sind.

- Zwei Arten von Medien (kru juarea und kru juroup), von denen die Menschen glauben, dass sie mit verschiedenen Arten von Göttern und Ahnen kommunizieren. Sie wenden auch unterschiedliche Methoden an. Letztere erstellen Medizin aus Reiswein und Tierteilen, die eingenommen wird. Es heißt, dass diese Praxis zu Alkoholismus führen kann. Die kru juarea hingegen versetzen Menschen über Tanz und Musik in Trance. Sie sagen, die verschiedenen Götter gäben ihnen Hinweise, wie eine Person zu behandeln ist.

- Imame sind die religiösen Führer der Cham, das sind muslimische Kambodschaner. Sie unterstützen die Menschen in allen Lebenslagen.

Religiöse Führer und Heiler werden meist mehrfach aufgesucht. Oft verbessert sich der Zustand des Patienten anfangs, aber häufig kommt es zu Rückfällen. Immer öfter suchen diejenigen, die es sich leisten können, wissenschaftlich fundierte medizinische Hilfe. Leider sind Ärzte und Krankenschwestern in lokalen Gesundheitszentren meist nicht sehr gut ausgebildet und können auch nicht wirklich helfen.

Der erste Schritt zur Verbesserung der derzeitigen Situation muss darin bestehen, den Kambodschanern besseren Zugang zu professionellen psychosozialen Leistungen zu verschaffen, mehr Bewusstsein für das Thema zu schaffen und medizinischen und paramedizinischen Fachkräften relevante Fähigkeiten zu vermitteln. Darüber hinaus müssen die Vorteile westlicher psychologischer und psychiatrischer Methoden mit den lokalen Traditionen verbunden werden.



SOLIDA SUN
ist Beraterin bei TPO
Kambodscha.
solida@tpocambodia.org
<http://tpocambodia.org/>



LEMHUOR BUN
ist Berater bei TPO
Kambodscha.
lemhuor@tpocambodia.org



PANHA PICH
ist Projektleiter bei TPO
Kambodscha.
pichpanha@tpocambodia.org



SHARON GSCHAIDER-KASSAHUN
ist Beraterin von TPO
Kambodscha im Auftrag der
GIZ im Rahmen des Zivilen
Friedensdienstes (ZFD).
shkassahun@gmail.com

20 Jahre Ziviler Friedensdienst

20 Jahre ist es am 22. November 2019 her, dass die ersten Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ausgereist sind, um in Krisen- und Konfliktregionen Frieden zu fördern und Gewalt vorzubeugen. Seitdem haben sich rund 1400 Friedensexperten in knapp 60 Ländern engagiert, und der ZFD ist heute fester Bestandteil deutscher Friedenspolitik. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen und ihre lokalen Partnerorganisationen führen das Programm durch, mit dem Deutschland Verantwortung in der Welt übernimmt, wenn es darum geht, gewaltvolle Konflikte zu entschärfen und den Boden für dauerhaften Frieden zu bereiten. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung (BMZ) fördert den ZFD in diesem Jahr mit 55 Millionen Euro.

Fachkräfte des ZFD unterstützen lokale Partnerorganisationen bei ihren Friedensbemühungen. Sie bringen Fachwissen in ziviler Konfliktbearbeitung und eine Außenperspektive in das Konfliktgeschehen ein. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in der jeweiligen Gesellschaft verwurzelt und verfügen oft über Zugänge zu allen am Konflikt beteiligten Bevölkerungsgruppen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, Gewalt einzudämmen und Frieden zu schaffen.

Aber wie lässt sich verhindern, dass Gewalt ausbricht? Wie können Menschen friedlich zusammenleben, die

zuvor aufeinander geschossen haben? Je nach Konfliktlage sind ganz unterschiedliche Herangehensweisen gefragt. Häufig vermitteln ZFD-Fachkräfte Methoden und Konzepte der friedlichen Konfliktbearbeitung. Sie öffnen Räume für Dialog und Versöhnung, bringen Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch, stärken benachteiligte Gruppen und schulen Journalisten in deeskalierender Berichterstattung. Die Projekte sind langfristig angelegt – das ermöglicht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und belastbare Beziehungen. Seit 1999 wurden mehr als 600 ZFD-Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten durchgeführt.

20 Jahre Ziviler Friedensdienst zeigen, dass die Wirkung der lokalen Arbeit vielerorts auch den gesamtgesellschaftlichen Frieden voranbringt: In Kolumbien konnten indigene

Bevölkerungsgruppen mit Unterstützung des ZFD beispielsweise ihre Anliegen in die Friedensverhandlungen und in den Friedensvertrag einbringen, in Nordmazedonien gelang es der ZFD-geförderten Organisation LOJA, interethnische Jugendarbeit als Thema in die Curricula für Lehrkräfte an allen staatlichen Unis zu etablieren, und in Guinea entstand ein nationales Netzwerk von Friedenskomitees. Ehemals gewaltbereite Jugendliche sitzen heute mit Sicherheitskräften am Verhandlungstisch, statt sich bis aufs Blut zu bekämpfen.

Martina Rieken,
Konsortium ZFD

LINK

Unter dem Motto „Frieden kann“ stellt der ZFD in seinem Jubiläumsjahr 20 Projekte vor:
www.ziviler-friedensdienst.org/20JahreZFD

Unerkanntes Leid

Vor fünf Jahren stellte die indische Zentralregierung die erste nationale Strategie für psychische Gesundheit vor. Die Absichten sind gut, aber es wird wohl ein harter Kampf, die Ziele zu erreichen.

Von Sandip Chattopadhyay und Hans Dembowski

Die Regierung will allen psychisch Kranken universellen Zugang zu hochwertiger Behandlung ermöglichen. „Armut und psychische Erkrankung sind auf untrennbare Weise negativ miteinander verknüpft“, heißt es in der Strategie. Zudem: „Menschen aus unteren sozioökonomischen Schichten sind anfälliger für psychische Probleme.“ Es sollen mehr Gelder fließen, und auch für ausreichend professionelles Personal soll gesorgt werden. Zentral bei diesem Ansatz ist der Kampf gegen Stigmatisierung. Gesundheitsminister Harsh Vardhan erklärte, die Strategie sei „in ein Wertesystem eingebettet, das auf Partizipation und Rechten basiert und zum Ziel hat, hochwertige Angebote und deren wirksame Ausführung zu fördern“.

Um Indiens psychische Gesundheit steht es schlechter, als viele denken. Das Nationalinstitut für psychische Gesundheit und Neurowissenschaften (NIMHANS – National Institute for Mental Health and Neurosciences) deklarierte für 2015/2016, dass jeder siebte Inder einmal in seinem Leben an einer psychischen Störung leide. Zehn Prozent der Inder benötigten akut Hilfe. Aufgrund von Stigmatisierung und schlechter Infrastruktur im Gesundheitswesen erhalte jedoch nur etwa ein Fünftel der Betroffenen innerhalb eines Jahres nach Erkrankung die erforderliche medizinische Behandlung.

Die Zeitung The Hindu berichtete seinerzeit: „Besonders im städtischen Raum gibt es eine sehr hohe psychische Morbidität; Schizophrenie, affektive und neurotische oder stressbedingte Störungen treten häufiger auf.“ Das könne unter anderem an „schnelllebigem Lebenswandel, Stress, komplexen Lebensumständen, dem Zusammenbruch von Unterstützungssystemen und wirtschaftlicher Instabilität“ liegen.

Ein großes Problem ist der Mangel an Fachleuten. 2014 kamen in Indien laut Weltgesundheitsorganisation nur 0,3 Psychiater auf 100 000 Menschen – in Deutschland waren es 7,5 Psychiater, in den USA 12,4.

Dem Land fehlen allgemein Ärzte und Krankenschwestern (siehe auch Ipsita Sapra über Müttergesundheit im Schwerpunkt des E+Z/D+C-e-Papers 2017/08), und es gibt kaum Psychologen und Psychiater. Nur wenige Medizinstudenten spezialisieren sich auf diesem Gebiet, auch, weil es bislang nicht Kernbestandteil des Gesundheitssystems ist.

In städtischen Ballungsräumen sieht es etwas besser aus. Laut Google praktiziert allein in Mumbais Vorort Andheri mehr als ein Dutzend Psychiater. Der Höhe ihrer Gebühren nach zu urteilen behandeln sie vor allem wohlhabende Patienten.

Zwar ist die extreme Armut in den letzten Jahren zurückgegangen, doch ist Indien längst keine reiche Nation (siehe Roli Mahajan im Schwerpunkt des E+Z/D+C-e-Papers 2018/11). Offensichtlich hat der am

stärksten gefährdete Teil der Bevölkerung wenig Ahnung davon, was psychische Gesundheit bedeutet – und selbst wenn diese Menschen mehr davon verstünden, hätten sie es schwer, psychologische oder psychiatrische Behandlung in Anspruch zu nehmen.

Arme Bevölkerungsgruppen ignorieren psychische Erkrankungen tendenziell, denn diese behindern den Betroffenen ja nicht sichtlich. Zudem sterben nur wenige daran – auch wenn eine klinische Depression manche Betroffene in den Selbstmord treibt. Die Suizidrate ist in Indien tatsächlich erschreckend hoch (siehe Kasten nächste Seite). Insgesamt aber scheinen psychisch Kranke vor allem unter langen Phasen der Traurigkeit, der Gereiztheit oder unter Wahnvorstellungen zu leiden. Familien, die kaum über die Runden kommen, geben für solche Episoden kein Geld aus, selbst wenn professionelle Hilfe hilfreich wäre.

Studien in verschiedenen Entwicklungsländern zeigen, dass finanzielle Not, körperliche Erkrankungen und mangelnde Qualifizierung die psychische Gesundheit beeinträchtigen. Wer sich selbst und seine Familie nicht versorgen kann, neigt zu Gefühlen der Unzulänglichkeit. Zusätzlich wird das durch die – unerfüllbaren – Wünsche verstärkt, die Werbung und Medien in Konsumgesellschaften systematisch wecken.



Sensibilisierungsbemühungen in Kalkutta im April 2017.

Psychische Probleme bedeuten in allen sozialen Schichten Stigmatisierung und Scham. Daher suchen Betroffene oft keine professionelle Hilfe. Sie wissen, dass sie eine Schande für die Familie wären und womöglich sogar verstoßen würden. Ob Angstzustände, Depressionen oder Sucht – die meisten wollen sich ihre psychischen Probleme nicht eingestehen. Dass Sucht oft in Folge von Ängsten und Depressionen auftritt, verkompliziert die Dinge.

BRÜCHIGE BINDUNGEN

Die indische Gesellschaft ist offensichtlich nicht bereit, anders mit psychischen Problemen umzugehen, als mit Appellen an persönliche Moral oder religiöse Normen. Der schnelle soziale Wandel trägt zu den Problemen bei. Traditionelle soziale Beziehungen sind für viele immer noch wichtig, oft sind sie aber zunehmend brüchig – nicht zuletzt, weil traditionelle Normen nicht zu einer sich modernisierenden Gesellschaft passen. Am deutlichsten wird das im städtischen Raum,

es gilt aber auch für die Landbevölkerung, die Zugang zu Massenmedien und Internet hat und für die Kontakte zu Verwandten in den Städten immer wichtiger werden.

Besser kann es in Indien nur werden, wenn das System für psychische Gesundheit fester Bestandteil des allgemeinen nationalen Gesundheitssystems wird. Allgemeinmediziner und Fachärzte müssen sich mit Psychiatern und Psychologen zusammenschließen. Krankenhäuser halten aber psychische Angelegenheiten für nicht lukrativ und damit für wenig interessant. Das privatwirtschaftliche Gesundheitswesen ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen (siehe Beitrag zu Hypertonie im Schwerpunkt des E+Z/D+C-e-Papers 2018/03). Abgesehen von ein paar Fachleuten, die privilegierten Menschen bei der Anpassung an westliche Normen helfen, scheren sich private Anbieter aber wenig um psychische Krankheiten.

Ein neuerer globaler Trend könnte die Situation verschärfen: US-Studien zufolge hängt die Nutzung sozialer Medien eng mit psychischem Wohlbefinden zusammen. Je

mehr Zeit Menschen auf Plattformen wie Facebook oder Instagram verbringen, desto eher leiden sie an Depressionen und Einsamkeit. Diese Art der digitalen Kommunikation ist in Indien aber besonders bei den Jüngeren sehr beliebt; sie checken ständig ihre Mobiltelefone. Möglicherweise sind moderne Technologien tatsächlich weniger harmlos als gedacht – und das kann es der Regierung zusätzlich erschweren, die Ziele für psychische Gesundheit zu erreichen.



SANDIP CHATTOPADHYAY
ist Gründungssekretär des
Chandradeep Solar Research
Institute in Kalkutta.
info@csrstitute.co.in



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit / D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Akute Gesundheitskrise

2016 waren 18% der Weltbevölkerung Inder, aber 36,6% der Frauen, die sich das Leben nahmen, waren Inderinnen und 24,3% der Männer Inder. Die Selbstmordrate von Frauen lag 2,1-Mal über dem weltweiten Durchschnitt, die von Männern 1,4-Mal darüber. Diese Daten veröffentlichte die medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* im September 2018.

Finanziert von der Bill & Melinda Gates-Stiftung und Behörden der indischen Bundesregierung, untersuchte ein Forscherteam die Suizidraten von 1990 und 2016 (*India state-level disease burden initiative suicide collaborators*, 2018). Es zeigte sich, dass die Zahlen bei den Männern nahezu stabil geblieben waren: 1990 lag

die Rate bei 18,6 Suiziden pro 100 000 Personen jährlich, 2016 war sie auf 19,9 pro 100 000 leicht gestiegen. Bei den Frauen waren die Zahlen von jährlich 19,4 im Jahr 1990 auf 14,9 im Jahr 2016 gesunken – und lagen damit immer noch ungewöhnlich hoch. Der globale Durchschnitt liegt bei sieben Suiziden pro 100 000 Frauen und bei 15 Selbstmorden pro 100 000 bei den Männern.

Der *Lancet*-Artikel fordert, genauer zu untersuchen, warum sich vor allem viele verheiratete Frauen das Leben nehmen. Eine Rolle spielen dürften demnach „arrangierte und frühe Ehen, junge Mutterschaft, niedriger sozialer Status, häusliche Gewalt und wirtschaftliche Abhängigkeit“.

Die Forscher stellten erhebliche regionale Unterschiede fest. Tendenziell stieg die Suizidrate mit dem Entwicklungsstand: Im relativ reichen südindischen Bundesstaat Tamil Nadu etwa nahmen sich Frauen zehnmal eher das Leben als im ärmeren nordöstlichen Bundesstaat Mizoram.

„Alarmierend viele junge Erwachsene nehmen sich das Leben“, warnt der *Lancet*-Artikel. Es handle sich um eine „akute Gesundheitskrise“. Selbstmord sei in Indien unter 15- bis 29-Jährigen und 15- bis 39-Jährigen die Todesursache Nummer eins, im globalen Vergleich rangiere Suizid in diesen Altersgruppen auf dem zweiten beziehungsweise dritten Platz.

Die Autoren begrüßten es, dass sich die 2014 eingeführte nationale Gesundheitspolitik für psychische Gesundheit explizit dem Thema Suizid

widmet. Allerdings lasse „die Umsetzung des Programms für psychische Gesundheit viel zu wünschen übrig“. Eines der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung ist es, die Suizidrate zwischen 2015 und 2030 um ein Drittel zu senken. Doch die Forscher schätzen die Aussichten für Indien als „düster“ ein: „Die meisten indischen Staaten, in denen zusammen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung leben, werden dieses Entwicklungsziel nur mit einer geringeren als zehnpromzentigen Wahrscheinlichkeit erreichen.“ (dem)

LINK

India state-level disease burden initiative suicide collaborators, 2018: Gender differentials and state variations in suicide deaths in India (in *The Lancet* 2018/3).
<https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2468-2667%2818%2930138-5>

Gewalt am Arbeitsplatz

Körperlicher Missbrauch und Belästigung führen zu psychischen Problemen. Am Arbeitsplatz werden viel zu viele Menschen Opfer verschiedener Formen von Gewalt. Die Studenten eines internationalen Masterstudiengangs der Arbeitsgesundheit und -sicherheit erforschen die Problematik in Lateinamerika.

Von Manuel Parra

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sterben jeden Tag 5 000 Menschen bei Arbeitsunfällen oder an Berufskrankheiten. Das Problem hat globale Dimensionen. Gesundheitsprobleme, die am Arbeitsplatz entstehen, werden rund um die Welt viel zu selten gemeldet. Der ILO zufolge werden in Lateinamerika nur 20 bis 25 Prozent der Arbeitsunfälle sowie maximal fünf Prozent der Berufskrankheiten offiziell registriert.

Die Globalisierung verschärft die Situation zusätzlich. Sie schwächt bestehende Regelungen, verstärkt soziale Ungleichheit und schafft immer prekärere Arbeitsbedingungen. Der technologische Wandel kommt erschwerend hinzu. Und während Präventionssysteme bröckeln, falls sie überhaupt existieren, entstehen neue Probleme. Studenten, die sich im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz (Occupational Safety and Health – OSH) spezialisieren, stehen vor komplexen Herausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen sie eine gute Ausbildung.

Obwohl die psychische Gesundheit im Arbeitskontext eine große Rolle spielt, wird sie oft vernachlässigt. Die Studenten eines internationalen OSH-Masterstudiengangs konzentrieren sich deshalb in ihren empirischen Studien genau auf diese Lücke. Der Studiengang ist eine Initiative des Center for International Health an der Ludwig-Maximilians-Universität München (CIH-LMU) gemeinsam mit mehreren Universitäten in Lateinamerika. Ziel ist es, mehr Spezialisten auszubilden und Süd-Süd-Kooperationen in dem wichtigen Forschungsfeld zu fördern (siehe Kasten nächste Seite).

Um die Herausforderungen zu bewältigen, muss man nicht nur die psychosozialen Risiken in der Arbeitswelt verstehen, sondern auch, wie sie mit anderen Gesundheitsproblemen zusammenhängen. Fundierte Forschungsergebnisse aus der ganzen Welt zeigen, dass schlechte psychosoziale Arbeitsbedingungen die psychische Gesundheit, das Herz-Kreislauf-System sowie das Muskel-Skelett-System schädigen. Ein Arbeitsumfeld ist dann psychosozial belastend, wenn Arbeitnehmer anspruchsvolle Aufgaben perfekt meistern müssen, ohne dabei eigenständige Entscheidungen treffen zu können. Meistens stehen sie unter hohem Leistungsdruck und bekommen we-

alen Risiken in der Arbeitswelt verstehen, sondern auch, wie sie mit anderen Gesundheitsproblemen zusammenhängen. Fundierte Forschungsergebnisse aus der ganzen Welt zeigen, dass schlechte psychosoziale Arbeitsbedingungen die psychische Gesundheit, das Herz-Kreislauf-System sowie das Muskel-Skelett-System schädigen. Ein Arbeitsumfeld ist dann psychosozial belastend, wenn Arbeitnehmer anspruchsvolle Aufgaben perfekt meistern müssen, ohne dabei eigenständige Entscheidungen treffen zu können. Meistens stehen sie unter hohem Leistungsdruck und bekommen we-

Herz-Kreislauf- und Muskel-Skelett-System auswirken.

Auch körperliche und psychische Gewalt am Arbeitsplatz haben schwere Gesundheitsfolgen. Diesen Aspekt untersuchen die beiden oben genannten Modelle allerdings nicht. Gewalterfahrungen betreffen nicht nur das Opfer, sondern schaden auch Zeugen und Familienmitgliedern. Gewalt am Arbeitsplatz kann in unterschiedlichen Formen auftreten:

- Mobbing und Schikane,
- sexuelle Belästigung,
- unhöfliches und ungehobeltes Verhalten,
- verbale und/oder körperliche Aggression,
- Androhen von Gewalt oder sogar Morddrohungen.

Jede Art von Gewalt ist inakzeptabel. Und trotzdem ist der Arbeitsplatz kein ge-



Bergarbeiter, die Gewalt erfahren oder gesehen haben, zeigen häufiger psychische Belastungsstörungen als jene ohne Gewalterfahrung. In einem bolivianischen Bergwerk.

der Unterstützung noch Anerkennung für ihre Arbeit.

Die beiden Standardmethoden „Job Demand Control“ und „Effort Reward Imbalance“ untersuchen diese Faktoren. Unsere Studenten haben beide angewandt und konnten belegen, dass sich psychische Belastungen tatsächlich negativ auf das

geschützter Raum. Gewalt kann etwa von der Geschäftsführung ausgehen oder von Angestellten gegenüber ihren Vorgesetzten sowie Kollegen. Dahinter steckt ein unausgewogenes Machtgefüge, in dem sich ein Klima der Angst leicht ausbreiten kann. Das Problem geht häufig mit der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse einher. Übergriffe durch

Kunden und andere Betriebsfremde trugen ebenfalls zum Angstklima bei.

Mehrere CIH-LMU-Studenten haben die Thematik in Lateinamerika erforscht. Eine Studie aus Peru hat gezeigt, dass Mobbing bei Krankenhaus-Reinigungskräften zu Asthmasymptomen geführt hat. Mobbing war deutlich folgenschwerer als andere psychosoziale Faktoren wie etwa zu wenig Unterstützung oder hohe Ansprüche an die Arbeitsleistung.

Eine weitere Studie hat bewiesen, dass Gewalterfahrungen bei Bergarbeitern in drei verschiedenen Andenländern psychische Probleme ausgelöst haben. Auch bei Feuerwehrleuten mit Gewalterfahrung in Guatemala waren entsprechende Symptome stärker ausgeprägt als bei jenen ohne solche Erlebnisse.

Auch Muskel-Skelett-Erkrankungen waren Gegenstand der Forschung. Sie treten nicht nur bei harter körperlicher Arbeit auf

(schwere Gewichte, schädliche Arbeitshaltungen, ständig wiederholte Bewegungsabläufe et cetera), sondern rühren oft auch von psychischer Belastung her. Langanhaltende starke Schmerzen sind ein großes Problem in verschiedenen Bereichen und Ländern. Sie hängen oft mit mentalem Druck zusammen.

Um den Master an der LMU zu machen, müssen die Studenten empirische Forschung betreiben. Das bereitet sie einerseits gut auf ihre künftige Arbeit vor und erweitert andererseits das internationale Expertenwissen im Bereich OSH. Der Masterstudiengang liefert zudem neue Erkenntnisse über die Bedingungen, Rechts- und Gesundheitsfragen in der Arbeitswelt Lateinamerikas und würdigt die noch zu wenig erforschte Problematik von Gewalt am Arbeitsplatz und Schmerzen.

Prävention ist möglich und sollte schnell vorgenommen werden. Dieses Jahr wird die ILO voraussichtlich eine Konventi-

on zur Beseitigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz verabschieden. Diese Konvention kann den einzelnen Regierungen den entscheidenden Anstoß geben. Allerdings braucht es auch einen global koordinierten Ansatz. International angelegte Forschung kann hierfür eine treibende Kraft sein.



MANUEL PARRA
ist Psychiater mit einer
Spezialisierung in
Arbeitssicherheit und
-gesundheit. Er ist

praktizierender Psychiater am San Borja-Arriarán-Krankenhaus in Santiago de Chile und an einer Klinik für Arbeiter. Er unterrichtet auch am Center for International Health an der Ludwig-Maximilians-Universität München (CIH-LMU) und koordiniert dessen Experten-Netzwerk in Lateinamerika mit.
manuelmpg@gmail.com

Internationales Forschungsnetzwerk

Auf der ganzen Welt werden OSH-Experten gebraucht. Deshalb hat das Center for International Health an der Ludwig-Maximilians-Universität München (CIH-LMU) 2012 einen internationalen Masterstudiengang gestartet, der mit Universitäten in Lateinamerika kooperiert.

Die Masterstudenten müssen ihre eigene Feldstudie planen und durchführen, am besten bezogen auf eine relevante Problematik in ihrem Heimatland. Sie benennen die Risiken für Arbeitnehmer und die Gesundheitsprobleme, die daraus folgen. Tutoren, entweder an Universitäten in Europa oder in Lateinamerika, unterstützen sie dabei.

Das Fach Arbeitssicherheit und -gesundheit (Occupational Security and Health – OSH) steht normalerweise nicht ganz oben auf der internationalen Entwicklungs-

agenda. Angesichts der vielen Menschen weltweit, die von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten betroffen sind, ist das Thema jedoch hochrelevant. Mediziner und Fachleute müssen akademische Forschung dazu betreiben können. Andernfalls wird niemand den Nutzen neuer Studien erkennen und die Ergebnisse in die Praxis umsetzen können.

Neben ihrer Masterarbeit geben die Studenten drei weitere Arbeiten ab:

- einen Bericht in leichter Sprache, der die Teilnehmer ihrer Studie über die Ergebnisse informiert,
- ein Lehrmodul für die gleiche Zielgruppe, das für mindestens eine der erforschten Gesundheitsfragen Lösungen anbietet,
- einen Forschungsbericht zur Veröffentlichung in einer Peer-Review-Fachzeitschrift.

Der Studiengang wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) gefördert. Der Lehrplan beinhaltet global relevante Themen wie Betriebsgesundheit, Epidemiologie, Statistik, Didaktik, interkulturelle Kommunikation, wissenschaftliches Schreiben und wissenschaftliches Englisch. Während der zwei Jahre lernen die Studenten in sogenannten „Blended Learning“-Modulen, einer Kombination aus Präsenzveranstaltungen und E-Learning. Während des ersten und zweiten Semesters kümmern sie sich um ihr Forschungsprojekt. Im dritten Semester beginnen sie mit der Analyse und konzipieren ihr eigenes Lehrmodul. Im vierten Semester schreiben sie dann ihre Masterarbeit und den Forschungsbericht.

Bislang gibt es 60 Absolventen. Fast alle haben ihre ei-

genen innovativen Lehrmodule umgesetzt. Elf der Forschungsberichte sind in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht worden, und viele Absolventen unterrichten in ihren Heimatländern im Bereich OSH.

Die Studenten beleuchteten unter anderem die Branchen Bergbau, Landwirtschaft, Fischerei, Erdölindustrie, Bauwirtschaft, Verkehr- und Transportwesen, Gesundheit sowie Bildung. Einige haben sich auf den informellen Sektor mit zum Beispiel Haushaltshilfen und Müllsammlern konzentriert oder auf Wanderarbeiter. Dabei haben sie häufig die psychosozialen Arbeitsbedingungen und deren Gesundheitsfolgen untersucht. Inzwischen ist eine neue Generation von OSH-Experten mit globaler Perspektive in Lateinamerika entstanden. Sie vernetzen sich über soziale Medien, Alumni-Netzwerke, regelmäßigen Austausch und gegenseitige Unterstützung. (mp)

Was Suchtverhalten mit Ungleichheit zu tun hat

Richard Wilkinson und Kate Pickett von der University of York sind Spezialisten für soziale Ungleichheit. Ihr aktuelles Buch „The Inner Level“ untersucht die Auswirkungen dieses Phänomens auf mentales Wohlbefinden. Sie kommen zu dem Schluss, dass gesellschaftliche Gräben nicht nur die ökonomisch benachteiligten Gruppen belasten, sondern sämtliche Mitglieder ungleicher Gesellschaften beeinträchtigen.

Von Hans Dembowski

Die beiden britischen Intellektuellen führen aus, dass Menschen auf zwei grundverschiedene Weisen miteinander umgehen können: Zusammenarbeit oder Konkurrenz. Während gelungene Kooperation Menschen nach allgemeiner Erfahrung psychisch stärkt, führt harter Wettbewerb zu Stress und Unbehagen.

Die Autoren stützen sich auf Daten aus Britannien, den USA und anderen entwickelten Nationen. Sie belegen, dass Ängste mit Ungleichheit korrelieren, und begründen dies damit, dass Menschen sich mehr Sorgen um ihren sozialen Status machen und entsprechend stärker von Selbstzweifeln geplagt werden. Wer meine, sein Schicksal selbst in der Hand haben zu müssen, sehe sich oft vor schier unüberwindbaren Hürden.

Gefühle, unzureichend oder ohnmächtig zu sein, unterhöhlen dieser Argumentation zufolge aber die Fähigkeit, sich mit anderen offen auszutauschen oder mit ihnen auf gemeinsame Ziele wirksam hinarbeiten. Die Statistiken zeigen, dass mit wachsender Ungleichheit Einsamkeit zunimmt, gesellschaftliches Engagement aber abnimmt. Klinische Depressionen werden wahrscheinlicher und Selbstmordraten steigen.

Wie Wilkinson und Pickett erläutern, fällt es Menschen leicht, anderen zu trauen, wenn sie diese als gleichrangig erleben. Ungleichheit bedeute dagegen, dass mehr Wert darauf gelegt werde, Eindruck zu schinden, wozu beispielsweise teure Kleidung oder

Autos dienen könnten. Der entsprechende Finanzbedarf steigere dann wieder den Karriereindruck. Selbst professionell sehr erfolgreiche Menschen litten unter überzogenem Stress.

Die beiden Co-Autoren wundert es also nicht, dass in diesem Szenario auch Alkohol- und Drogenmissbrauch zunehmen. Das gilt ähnlich für exzessives Glücksspiel und anderes Suchtverhalten.

Neben Statusängsten prägt den Wissenschaftlern zufolge auch narzisstischer Größenwahn ungleiche Gesellschaften. Sie warnen, dieser werde oft mit gesundem Selbstvertrauen verwechselt, obwohl die betroffenen Personen keine Empathie zeigten und ihr Urteilsvermögen unterentwickelt sei.

Entsprechend versprechen Spitzenleute in Politik und Wirtschaft oft großartige Dinge, könnten dann aber nicht liefern. Narzisstische Visionen seien nun einmal unrealistisch. Pläne, sie zu verwirklichen, seien meist kaum durchdacht, schreiben Wilkinson und Pickett.

Sie wenden sich überzeugend gegen die Vorstellung, Ungleichheit spiegle nur unterschiedliches individuelles Leistungsvermögen wider. Tatsächlich hängen die Chancen, die jemand hat, erheblich vom

Wohlstand und Bildungsniveau des jeweiligen Elternhauses ab (siehe hierzu auch Cema Tork im Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2019/05). Wilkinson und Pickett zufolge geht es Menschen gut, die sich von einem starken Netzwerk aus Verwandten, Nachbarn, Kollegen und Freunden getragen fühlen. Die psychische Gesundheit profitiert also von starken Gemeinschaften, die in eher egalitären Gesellschaften häufiger vorkommen.

Die Thesen des Buchs sind plausibel und mit empirischen Statistiken untermauert. Ein Schwachpunkt ist, dass auf die Lage in Schwellen- und Entwicklungsländern kaum eingegangen wird. Die Einsichten treffen aber tendenziell auch dort zu, denn bekanntlich wächst die Ungleichheit weltweit, während traditionelle Bindungen erodieren.

In den letzten Kapiteln des Buchs geht es dann darum, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Psychologische Themen stehen nicht mehr im Vordergrund; es geht um ökonomische Fragen sowie um Möglichkeiten, wie die Politik soziale Sicherheit und Inklusion stärken kann. Ein wichtiger Aspekt ist, dass Wilkinson und Pickett egalitären Gesellschaften eher zutrauen, die Transformation zur ökologischen Nachhaltigkeit zu schaffen. In ihnen sei nämlich Luxuskonsum weniger wichtig – und sie lenkten die Aufmerksamkeit eher auf das Gemeinwohl als nur auf das persönliche Schicksal.

BUCH

Wilkinson, R. und Pickett, K., 2018: The inner level. How more equal societies reduce stress, restore sanity and improve everyone's well-being. London, Allen Lane.



Glücksspiel und anderes Suchtverhalten sind in besonders ungleichen Gesellschaften stark verbreitet: Spielautomaten in Las Vegas.

Armut macht depressiv, Depressionen machen arm

Wer in der Stadt lebt, wird eher psychisch krank als Menschen in ländlichen Gebieten. Das ergab die Auswertung einer Reihe von Studien zu diesem Thema. Der Trend zur Urbanisierung lässt daher weltweit das Risiko für psychische Belastungen steigen: Verstädterung ist eine der wesentlichen gesundheitsrelevanten Veränderungen unserer Zeit.

Von Katja Dombrowski

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten, Tendenz steigend. Dort sind die Menschen mehr Stressfaktoren ausgesetzt als auf dem Land, was sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirkt. Stress entsteht zum Beispiel durch Armut, Leben auf engem Raum, Verkehrslärm oder Umweltverschmutzung. Andererseits ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch zum Arbeitsmarkt und zu Bildungseinrichtungen in urbanen Zentren besser, was positive Auswirkungen hat.

Eine im Ärzteblatt erschienene Übersichtsarbeit zum Thema „Risiko für psychische Erkrankungen in Städten“ weist darauf hin, dass einige der bedeutsamsten psychischen Erkrankungen wie Angst, psychotische, affektive oder Suchterkrankungen in Städten generell häufiger auftreten. So kamen Angststörungen – einschließlich posttraumatischer Belastungsstörungen –, Wut und Paranoia in verschiedenen Ländern Asiens und Lateinamerikas in urbanen Gegenden häufiger vor als in ländlichen. Das Gleiche gilt für psychotische Störungen wie zum Beispiel Schizophrenie in China, Deutschland und Dänemark.

Die Autoren weisen aber auch darauf hin, dass Korrelationen keine Kausalerklärungen sind. So kann das Leben in Armut psychisch krank machen, aber umgekehrt können auch psychische Probleme zur Verarmung beitragen. Bezogen auf den Zusammenhang von psychischen Erkrankungen und dem Leben in der Stadt, heißt es in der Studie: „Erstens wirkt sich das Aufwachsen



Slumbewohner sind eher von psychischen Störungen betroffen als andere Menschen. Favela in Rio de Janeiro.

in Städten auf das Krankheitsrisiko aus, und zweitens ziehen mehr Menschen mit gesundheitlichen Problemen in städtische Gebiete.“

Zu den sozialen Risikofaktoren für psychische Erkrankungen in Städten gehören demnach:

- das gehäufte Auftreten eines niedrigen sozioökonomischen Status, zum Beispiel bezüglich Bildungsniveau und Einkommen,
- ein niedriges Sozialkapital, beispielsweise im Hinblick auf soziale Unterstützung und soziale Wirksamkeit, und
- soziale Segregation, etwa bezogen auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Minderheit oder ethnischen Gruppe.

Der Armutsfaktor führt dazu, dass Krankheiten wie Depressionen und Schizo-

phrenie eher in benachteiligten Stadtteilen auftreten als in reichen. Das zeigten unter anderem Studien in Indien. Dass soziale Ausgrenzung und Diskriminierung eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer Schizophrenie spielen können, lässt sich daran ablesen, dass diese Krankheit häufig bei Migranten vorkommt. Besonders hoch sind die Raten bei Einwanderern, die sichtbar einer Minderheit angehören, zum Beispiel bei Westafrikanern in London und Marokkanern in Den Haag. Der Auswertung zufolge gibt es auch Belege dafür, dass Menschen, die einer Minderheit angehören oder einen Migrationshintergrund haben, ein erhöhtes Risiko für Depressionen und Psychosen haben.

Nicht nur soziale, sondern auch physische Umweltfaktoren in Städten erhöhen im Vergleich zum Landleben den Stress, etwa durch

- höhere Verschmutzungsraten von Luft und Wasser et cetera
- Lärmbelästigung, unter anderem durch Verkehr
- städtebauliche Effekte wie hohe Gebäude, die als bedrückend empfunden werden, und
- körperliche Bedrohungen etwa durch Unfälle oder Gewalt.

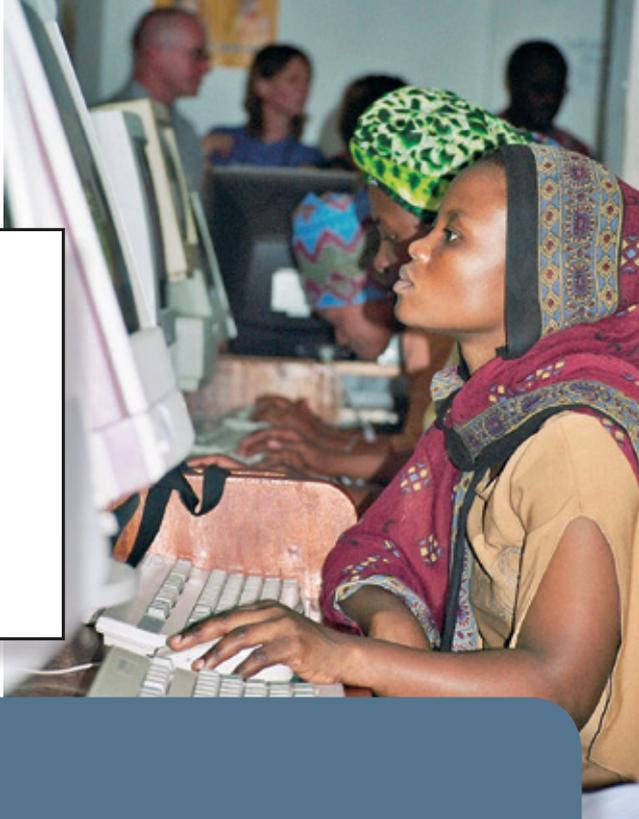
Untersuchungen ergaben beispielsweise, dass das Leben in der Nähe großer Straßen oder Flughäfen aufgrund der Belastung durch Lärm und Luftverschmutzung mit Aggressionen verbunden ist. Umgekehrt ging einigen Studien zufolge ein besserer Zugang zu Grünflächen und fußgängerfreundlichen Wegen mit weniger Depressionen einher.

Die Autoren sehen noch großen Forschungsbedarf, um die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Mechanismen zu identifizieren, die urbane Umwelten mit der psychischen Gesundheit der Stadtbevölkerung verbinden. Letztlich könnte die Stadt-, Verkehrs- und Raumplanung dazu beitragen, die Risiken für psychische Krankheiten zu verringern.

LINK

Gruebner O., Rapp M.A., Adli M., Kluge U., Galea S., Heinz A: Cities and mental health. Dtsch Arztebl Int 2017; 114: 121–7.
<https://www.aerzteblatt.de/archiv/186401/Risiko-fuer-psychische-Erkrankungen-in-Staedten>

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: www.eundz.eu

Website Header: **E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

Menu: DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Search: Suche

Featured Article: AQUACULTURE **Fish replaces meat**

Map: ZIMBABWE, Harare, stepmap

aktuelles e-Paper: **E+Z** Seelische Gesundheit, Gratis PDF-Download

Blog: **"Envy and hate"** (26.05.2019 - von Hani Dembowski), **Zu wenig und zu unambitioniert** (28.05.2019 - von Sabine Birk)

Aktuelle Blog-Beiträge:

- Blog will continue in our Opinion section
- Why sovereignty must be pooled

Folgen Sie uns: Facebook, Twitter, RSS, Email, LinkedIn